neue kritik

Juni 1964 D 7739 F

23

Hellmut Lessing Thesen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik | Dieter Staritz Zum neuen ökonomischen System der DDR | Wolfgang Nitsch Bildungshumanismus und Universitätsidee | Elisabeth Lenk Geist der Strategie | Egon Becker Zur Politik des Ostermarsches | Jürgen Brockmann Religionssoziologie heute

Inhaltsverzeichnis

Hellmut Lessing	3	Thesen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik
Hans Peter Riesche	5	Grenzen eines Ost-West-Gesprächs
Dieter Staritz	6	Bemerkungen zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung
Wolfgang Nitsch	11	Bildungshumanismus und Universitätsidee
Elisabeth Lenk	15	Geist der Strategie
Egon Becker	17	Zur Politik der Kampagne für Abrüstung
	19	Ein Leserbrief
Jürgen Brockmann	20	Religionssoziologie heute
Thomas Mitscherlich	22	Der unvollendete Satz
Reiner Diederich	23	Zeitschriftenhinweise
Dokumentation	25	Zum Prozeß SDS / Bundesminister des Innern

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 23, juni 1964, 5. jahrgang
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)

neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar. für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.

neue kritik ist kein geschäftsunternehmen; die mitarbeit ist unentgeltlich.

redaktion: thomas leithäuser, manfred liebel, hans peter riesche (verantwortlich), michael vester, gunter wegeleben.
vertrieb: ulla gräning
anzeigenredaktion: edith jilek
unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik.
redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin.
erscheinungsort: frankfurt am main
verlag und redaktion: 6 frankfurt w 13, kurfürstenstr. 8, tel. 77 64 22
neue kritik erscheint jeden zweiten monat, im februar, april, juni, august, oktober und dezember, einschließlich einer doppelnummer.
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,50 / ös 10,— / sfr 1,60 / hfl 1,50 plus porto; für studenten dm 1,— / ös 7,— / sfr 1,10 / hfl 1,—.
jahresabonnement dm 10,— / ös 65,— / sfr 10,50 / hfl 10,— einschl. porto; für studenten dm 7,— / ös 45,— / sfr 7,50 / hfl 7,—.
bezug über den verlag.

postscheckkonto: sds-bundesvorstand, sonderkonto neue kritik 551 91 pscha. frankfurt am main.
konto-nr. 282 427, dresdner bank
druck: druck- und verlagshaus frankfurt am main gmbh
umschlagentwurf: maria fraxedas

An die Leser

Das Referat „Thesen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik" hat der stellvertretende Bundesvorsitzende des SDS, Hellmut Lessing, während des Deutschlandtreffens in Ost-Berlin gehalten. Er versuchte damit, die Position des SDS zur DDR in diesen Fragen zu umreißen. Die Presseschau von Hans Peter Riesche deckt die Verzerrungen auf, die man mit dem in Zeitungen der BRD und der DDR stark beachteten Beitrag unternahm.

Dieter Staritz stellt in seinem Artikel die neuen Wirtschaftsmethoden dar, die man jetzt in der DDR anwenden will. Er vermittelt damit einen objektiven Einblick in die Wirtschaftsverhältnisse der DDR, die in der Öffentlichkeit der BRD noch nicht diskutiert werden.

Für die hochschulpolitische Arbeit des SDS ist es wichtig, sich mit der sozialphilosophischen Problematik des Bildungsbegriffes vertraut zu machen. In diesem Sinn versucht Wolfgang Nitsch, die gesellschaftlichen Strukturen der Bildung und der Universitätsidee bloßzulegen.

Mit dem Aufsatz von Elisabeth Lenk setzen wir die Diskussion über sozialistische Strategie fort. Egon Beckers Beitrag ist eine Antwort auf Edgar Weicks Artikel „Ostermarsch und Politik" in der nk 21.

Angesichts der Bedeutung des Prozesses, den der SDS gegen das Bundesinnenministerium führt, drucken wir als Dokumentation den Teil eines Schriftsatzes ab, der besonders auf die Auseinandersetzungen des SDS mit der SPD eingeht.

Thesen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik

Hellmut Lessing

Referat des 2. Bundesvorsitzenden des SDS am 18. Mai auf dem Deutschlandtreffen in Ost-Berlin

Schon der Versuch, die Grenzen, die heute durch Deutschland laufen, wenigstens im Bereich des Geistigen zu überschreiten, stößt auf Schwierigkeiten. Als Paul Tillich sich vor zwei Jahren in Frankfurt am Main „Gegen Grenzen" wandte, wurde er gefeiert; doch für jeden, der in der Realität auch nur einen kleinen Schritt unternimmt, die heute entscheidende Grenze zu überwinden, ist dies kein geringes Risiko. Für uns, die wir hier den Versuch machen, miteinander zu reden, ist es das Risiko, mißverstanden oder mißdeutet zu werden. Innerhalb der bestehenden politischen Fronten wird jeder hier gesprochene Satz daraufhin geprüft werden, wem er dient. Die einen werden — wenn sie überhaupt erkennen, daß nicht jede kritische Äußerung über die DDR mit der Formel des Antikommunismus zu verrechnen ist — sagen: diese Kritik erfüllt — „objektiv gesehen" — eine Funktion in der Politik des Kalten Krieges. Andere werden uns vorwerfen, daß wir überhaupt an einer Diskussion teilnehmen oder daß wir dies oder jenes nicht gesagt hätten. Beide Positionen dienen der Fortsetzung des Kalten Krieges. Wer eine Entspannung anstrebt, muß diesen dialektischen Zusammenhang sehen.

Einem Ost-West-Gespräch stehen in der Bundesrepublik jene Tendenzen im Wege, die beispielsweise in der Verhaftung einreisender FDJ-Mitglieder zum Ausdruck gekommen sind. In der DDR ist unter vielem anderem jene Justizpraxis ein Hindernis, die etwa in der Verurteilung unseres Freundes Heinz Brandt zutage getreten ist. [1])

In dieser Situation sind die Möglichkeiten eines Gespräches begrenzt. Eine Voraussetzung dafür ist, daß die Partner wenigstens teilweise Distanz gewinnen zu den Fronten der politischen Auseinandersetzung. Diese Distanz hat nichts zu tun mit dem, was zuweilen als „Dritter Weg" angeboten wird. Es ist vielmehr die kritische Distanz, die von jedem Wissenschaftler — auch vom sozialistischen — bei allem Engagement zu fordern ist. Diese kritische Distanz hat der Sozialistische Deutsche Studentenbund gegenüber all jenen bewahrt, die ihn in den letzten Jahren zu vereinnahmen suchten.

Die Zeit, die mir zur Verfügung steht, erfordert es, die Begriffe Wissenschaft und Politik in einem sehr engen Sinn zu fassen. Ich muß mich darauf beschränken, einige Thesen vorzutragen.

Die erste These, die ich hier darlegen will, lautet:

Wissenschaft ist nicht unabhängig von gesellschaftlichen Verhältnissen; doch jede Korrektur von Ergebnissen wissenschaftlicher Arbeit durch Herrschaftsinstanzen widerspricht dem Prinzip rationaler wissenschaftlicher Forschung.

Die Unterwerfung der Wissenschaft unter die taktischen Gesichtspunkte einer Partei erniedrigt die Wissenschaft zur bloßen Rechtfertigung politischer Entscheidungen oder führt zu entpolitisiertem Positivismus und zum Verlust wissenschaftlicher Begründung der Politik. Das Ergebnis ist eine Dogmatisierung der Politik und eine Realitätsfremdheit der Sozialwissenschaften. So ist beispielsweise eine kritische, empirische Sozialforschung — die sich nicht als Instrument eines Herrschaftssystems verwenden läßt — ein Weg, Bedürfnisse und Meinungen festzustellen. Sie kann einer Humanisierung der Gesellschaft dienen. Wo sie fehlt — wie zum Beispiel bisher in der DDR — lassen sich Widersprüche und Konflikte zwischen gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein nicht wissenschaftlich erfassen.

Der Wissenschaftler muß allerdings — will er den Anspruch nicht aufgeben, Wissenschaft zu betreiben — die politischen Konsequenzen seines Tuns bedenken und prüfen, in welchem Sinn seine Arbeit im Ergebnis objektiv Partei nimmt. Dies bleibt aber die Verantwortung des Wissenschaftlers, die ihm keine Instanz, keine Partei abnehmen kann.

Die zweite These möchte ich in dem Satz zusammenfassen:

Wissenschaft und wissenschaftliche Forschung sind nicht möglich ohne uneingeschränkte Freiheit der Information.

Die Informationsmöglichkeit ist nicht nur Voraussetzung für die wissenschaftliche Arbeit der Intellektuellen. In einem realen Emanzipationsprozeß ist sie zugleich eine Bedingung für die Ausbildung des kritischen Urteilsvermögens der Menschen.

Um diese Frage ging es auch Bertolt Brecht, der im „Messingkauf" schrieb: „Du könntest sagen: Aber er führt sie dann doch den richtigen Weg, wie kann es da gefährlich sein, ihm blind zu folgen? Aber das wäre eine vollständig falsche Auffassung von einem ‚falschen Weg'. Er kann niemals an einem Gängelband gegangen werden... Der Begriff des richtigen Weges ist weniger gut als der des richtigen Gehens. Die großartigste Eigenschaft des Menschen ist die Kritik . . ." („Schriften zum Theater", Bd. 5, S. 97 f.) Kein politisches System, das durch eine Zuteilung der Information den einzelnen daran hindert, mündig zu werden, hat das Recht, sich sozialistisch oder demokratisch zu nen-

nen. Ich muß gestehen, daß wir kein Verständnis dafür haben, daß ein großer Teil selbst der sozialistischen Literatur nicht in Ihren Buchläden zu finden ist. Es scheint uns manchmal leichter zu sein, die Schriften moderner sozialistischer Ökonomen — wie beispielsweise Oskar Lange, Paul Sweezy, Maurice Dobb, Eduard März und Joan Robinson — in der Bundesrepublik zu finden als bei Ihnen. Im übrigen meinen wir, daß niemand sich der Konfrontation mit ernst zu nehmender Literatur anderer politischer Richtungen entziehen kann, ohne sich der Gefahr auszusetzen, in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung steril zu werden. Wie will man beispielsweise den Neo-Kapitalismus analysieren, ohne dessen Theorien zu kennen. Eine Diskussion über Analysen ist jedoch nur möglich, wenn man die zugrunde gelegte Literatur nicht nur Ausgewählten zuteilt.

Es ist bekannt, daß der SDS nicht nur in der „Spiegel"-Affäre für diese Informationsfreiheit gekämpft hat. Wir werden auch in Zukunft nicht ruhen und uns gegen die Notstandsgesetzgebung wenden, die dieses Recht einzuschränken sucht.

Mit der dritten These knüpfe ich an einen Satz aus Hegels „Logik" an:

> „Die abstrakte Identität mit sich ist noch keine Lebendigkeit... Etwas ist ... lebendig, nur insofern es den Widerspruch in sich enthält, und zwar diese Kraft ist, den Widerspruch in sich zu fassen und auszuhalten." („Logik" II, Ed. Lasson, S. 59.)

Nur wissenschaftliches Denken macht es möglich, gesellschaftliche Widersprüche und Konflikte zu erkennen und die Voraussetzungen ihrer Aufhebung anzugeben. Eine für verbindlich erklärte Weltanschauung meint, innere Widersprüche durch die Konstruktion eines theoretischen Systems aufheben zu können. Sie erreicht dadurch nur die Verschleierung realer Widersprüche.

Wo die Existenz von Widersprüchen mißachtet wird, entsteht die Tendenz, ihre Äußerungen zu Produkten der Einflußnahme des außenpolitischen Gegners zu stempeln oder von einer Forderung — etwa nach „größerer Freiheit" — zu behaupten, die habe „nur den imperialistischen Feinden der Freiheit... Wasser auf die Mühle gegeben" (Kurt Hager, „Einheit", 4/64, S. 66). Hier wird erpreßt mit der Unterstellung, es gäbe nur eine Alternative.

An dieser Stelle ist es unvermeidbar, festzustellen: Der SDS gilt in der Bundesrepublik als linksextremistischer Verband; für uns kann es jedoch keine Gemeinschaft mit politischen Kräften geben, die mit inquisitorischen Maßregelungen gegen diejenigen reagieren, die — ohne die Grundstruktur der Gesellschaft in Frage zu stellen — abweichende Positionen vertreten.

Die letzte These, die ich hier vortragen will, berührt einen Bereich, in dem der SDS besondere Erfahrungen gemacht hat:

> Eine Wissenschaft, die nicht auf Bestellung Konzepte anfertigt, sondern die es als ihre Aufgabe ansieht, die gesellschaftliche Wirklichkeit konsequent zu analysieren, gerät in Konflikt mit den Ansprüchen einer vom abstrakten Eigeninteresse geleiteten Bürokratie.

Bürokraten reden in der Öffentlichkeit zwar immer wieder von einem Bündnis mit der Wissenschaft und Intelligenz. In der Praxis aber duldet man nur zu oft keine Wissenschaftler, die die gesellschaftliche Wirklichkeit konsequent analysieren. Man wünscht sich vielmehr Theoretiker, die im stillen Kämmerlein forschen und dort vielleicht auch mit anderen diskutieren, die aber ihre Arbeitsergebnisse einer Instanz zur Verfügung stellen, die darüber entscheidet, was richtig ist und was falsch, was brauchbar ist und was unbrauchbar.

In diesem Zusammenhang sehen wir im SDS auch den Kampf um die Unabhängigkeit unseres Verbandes. Wir waren und sind nicht bereit, uns mit dieser Form des Verkaufs von Arbeitsergebnissen zu begnügen. Wir sind besonders dankbar für die Unterstützung, die wir bei angesehenen Wissenschaftlern gefunden haben, die sich — sofern sie Mitglieder des SDS waren — meist nicht scheuten, einen Ausschluß aus der SPD hinzunehmen. Sie demonstrierten damit gegen die Art, in der eine Parteibürokratie meinte, die wissenschaftliche Diskussion einer sozialistischen Intelligenz gängeln zu können.

Ich habe versucht, einige Thesen und Erfahrungen darzulegen, die uns für diese Diskussion bedeutsam erscheinen. Ich will abschließend ausdrücklich betonen, daß der SDS sein Aufgabengebiet allein in der Bundesrepublik sieht. Der SDS hat nicht den Willen, und er sieht es nicht als seine Funktion an, missionierend auf die FDJ einzuwirken. Ebenso erwarten wir von der FDJ, daß sie erkennt, in welcher Weise ihre Versuche, von hier aus in die Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik einzugreifen, das Bemühen um eine Entspannung erschweren.

Diese Bemerkungen entsprechen vielleicht nicht dem, was manche Teilnehmer eines „Deutschland"-Treffens von uns erwartet haben. Pathetische Worte und Resolutionen können jedoch keinen Beitrag zur Klärung der deutschen Situation leisten. Der nüchterne Austausch von Informationen auf wissenschaftlicher Basis und die Darlegung der verschiedenen Positionen könnte dagegen der uns heute mögliche Beitrag zu einer Entspannung sein.

---

[1]) Zur Freilassung von Heinz Brandt gab der SDS am 24. 5. 1964 folgende Presseerklärung ab: „Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) begrüßt die Freilassung von Heinz Brandt. Er wertet sie als ein Zeichen dafür, daß in der DDR die Bereitschaft zugenommen hat, Hindernisse zu beseitigen, die einer Entspannung im Wege stehen. In der Bundesrepublik sollte man dieser Bereitschaft entgegenkommen."

Grenzen eines Ost-West-Gesprächs

„Jeder hier gesprochene Satz wird darauf geprüft werden, wem er dient" (Hellmut Lessing am 18. 5. 1964 in Ost-Berlin)

Die Aufnahme, die die Teilnahme des SDS am Deutschlandtreffen in der Presse gefunden hat, ist deshalb erwähnenswert, weil diese Berichterstattung zugleich die Grenzen zeigt, die heute noch allen Ostkontakten gezogen sind.
Es kennzeichnet die veränderte politische Situation, daß die Teilnahme einer offiziellen Delegation eines Studentenverbandes aus der Bundesrepublik am Deutschlandtreffen nicht einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hat. Es wäre jedoch falsch, allein aus der wohlwollenden Kommentierung, die das Auftreten des SDS in Ost-Berlin sowohl in der „Welt" wie im „Neuen Deutschland" gefunden hat, zu folgern, daß diese Form des sogenannten gesamtdeutschen Gesprächs heute eher zu Ergebnissen führen könnte. Wenn man die Presseberichte und Rundfunksendungen in der DDR und der Bundesrepublik verfolgt, so zeigt sich, daß jede Seite versucht, das Auftreten des SDS auf ihre Weise für ihre Politik zu vereinnahmen.
Dabei scheint es notwendig, festzustellen, daß es nicht den Diskussionsteilnehmern zuzurechnen ist, wenn dabei aus dem Zusammenhang gerissene Zitate als Beweis angeführt wurden.
Dies gilt in der DDR-Presse für die höfliche Geste aus der Schlußbemerkung von Urs Müller-Plantenberg:
„Diskussionen, in denen ein allgemeines Händeschütteln einsetzt, sind nichts wert. Ich habe hier sehr viel gelernt. Die Ansätze meiner Kritik an der DDR werden sich wandeln."
Diese Höflichkeitsformel war — wenn man von dem Kommentar von Hellmut Lessing: „Das Gespräch war im ganzen gesehen ein positiver Beitrag", absieht — das einzige wörtliche Zitat, das in der DDR-Presse (zum Teil als Überschrift: „Viel gelernt", „Lessing: Positiv!") gebraucht wurde.
In der Bundesrepublik verrechnete die „Bild-Zeitung" den SDS als mutigen Kämpfer für die westliche Freiheit:

„Die Grenzeinheiten der Zone waren verstärkt. Volkspolizei griff gelegentlich ein und löste Demonstrationen auf. Panzerwagen und Wasserwerfer standen in Bereitschaft.
Unbeeindruckt von dieser Demonstration der Macht sprach der zweite Bundesvorsitzende des SDS der Bundesrepublik, Lessing, seine Meinung aus: Er wandte sich vor allem ‚gegen jene Justizpraxis in der DDR, die etwa in der Verurteilung unseres Freundes Heinz Brandt zutage getreten ist'. Der westdeutsche Gewerkschaftler war 1961 nach Ost-Berlin entführt worden . . ."

Die DDR hat die von Hellmut Lessing vorgetragenen Thesen im Rundfunk nur teilweise, in der Presse jedoch gar nicht, wiedergegeben. In den Zeitungen beschränkte man sich auf die Feststellung, Lessing habe betont, „daß die Wissenschaft nicht ohne Bezug auf die jeweils herrschende Gesellschaftsordnung existieren kann." Er habe jedoch die „Identität der Interessen von Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR" bestritten und Gegensätze konstruiert. Es soll jedoch angemerkt werden, daß die Meldung der Nachrichtenagentur ADN vom 18. 5. 1964 über die Podiumsdiskussion relativ umfassend informierte, wenn man sie an dem mißt, was die DDR-Presse in ihrer Mehrheit daraus gemacht hat. Nur die Zeitung des FDGB, „Tribüne", brachte in ihrer Ausgabe vom 19. 5. 1964 (Nr. 112, S. 7-8) diese Meldung ganz. Das „Neue Deutschland" brachte in der Ausgabe vom 19. 5. 1964 eine eigene Meldung über das Podiumsgespräch. Es erwähnt nur den ersten Satz der ersten These, und fährt dann fort:

„Er (Lessing) vertrat dann aber Thesen, die die Mehrheit des Auditoriums nicht unterstützte. So sagte er z. B., daß in der DDR die Einheit von Wissenschaft und Gesellschaft nicht gewahrt sei. Professor Kurt Hager, Prof. Dr. Klaus Fuchs, Prof. Dr. Peter-Alfons Steiniger und andere gaben den westdeutschen Kommilitonen sehr überzeugende und sachliche Antworten.
Den Zweiflern an der Möglichkeit allseitiger wissenschaftlicher Information in der DDR antworteten Prof. Dr. Klaus Fuchs vom Institut für Kernforschung in Rossendorf bei Dresden und der Prorektor der Humboldt-Universität, der Ordinarius für Geographie Prof. Dr. Heinz Sanke. Mit exakten Fakten aus ihrem Arbeitsbereich widerlegten sie irrige Vorstellungen."

Vielleicht verdankt der SDS dieser Form der Berichterstattung über das Lessingsche Referat, daß die „Welt" und der Berliner „Tagesspiegel" am 20. 5. 1964 auf den Inhalt des Referats eingingen. Die „Welt" druckte die vier Thesen des Referats ab und stellte ihnen das allerdings für sich sprechende Zitat aus dem „Neuen Deutschland" gegenüber. (s. o.; das Zitat begann mit „Prof. Kurt Hager, Prof. Dr. Klaus Fuchs . . .) Die „Welt" kommentierte:

„War das die oft gerühmte Überlegenheit der im Marxismus-Leninismus trainierten Geister? Der Aufriß von Sachproblemen wurde mit Deutungen im Schablonenstil zugedeckt. Eine Aussprache mit Schlagseite . . ."

In den Zeitungen der Bundesrepublik wurde aus Gründen, die auf der Hand liegen, dem Deutschlandtreffen und der Teilnahme des SDS bedeutend weniger Raum gewidmet. Wenn überhaupt auf den Inhalt der Podiumsdiskussion eingegangen wurde, wurde fast nur der Satz erwähnt, in dem Lessing auf die Hindernisse einging, die einem Ost-West-Gespräch im Wege stehen (Verhaftung einreisender FDJ-Mitglieder und die Verurteilung unseres Freundes Heinz Brandt). Auch der Satz: „Kein politisches System, das durch eine Zuteilung der Information den einzelnen daran hindert, mündig zu werden, hat das Recht, sich sozialistisch oder demokratisch zu nennen", wurde häufig zitiert. Einige Zeitungen merkten dabei offenbar nicht, in welcher Weise ihre eigene Nachrichtenpolitik auch noch durch diesen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz getroffen wurde.

Sofern man die Aufgabe derartiger Diskussionen wie der anläßlich des Deutschlandtreffens darin erblickt, daß die Vorstellung zerstört wird, mit Repräsentanten der FDJ könne man nicht sprechen, so ist dieses Ziel zweifellos erreicht. Es ist zu erwarten, daß auch andere Verbände, schon um dem SDS die im Grunde ungerechtfertigte Publizität streitig zu machen, sich an solchen Diskussionen beteiligen werden.
Sieht man das Ziel derartiger Ost-West-Gespräche jedoch darin, zu einer besseren Information über die DDR zu gelangen, so zeigt sich, was auch aus der Berichterstattung der Presse deutlich hervorgeht, daß derartige Großveranstaltungen kaum zur Information beitragen können. Richtige Feststellungen, die ein solches Gespräch tragen, können dadurch, daß sie in derartigen Großveranstaltungen und von der „anderen Seite" vorgebracht werden, einen anderen politischen Charakter erhalten.

Ost-West-Gespräche scheinen im Augenblick nur dann sinnvoll, wenn sie durch gegenseitige Information zu einer wissenschaftlichen Diskussion führen. Der Bundesvorstand des SDS hat sich deshalb bei den Verhandlungen über die Teilnahme des SDS am Deutschlandtreffen darum bemüht, die Voraussetzungen für eine fundierte wissenschaftliche Diskussion zu schaffen. Die Schwierigkeiten der SDS-Delegation beim Deutschlandtreffen rührten zu einem großen Teil daher, daß ihr für das einleitende Referat nur eine beschränkte Redezeit zur Verfügung stand. Wenn trotzdem von den Teilnehmern der Diskussion das Deutschlandtreffen als ein Erfolg angesehen wird, so vor allem deshalb, weil es wenigstens teilweise gelang, über die Schlagworte hinaus (die bei dieser Form der Veranstaltung nahezu unvermeidbar scheinen) zu einer Diskussion von Sachproblemen zu gelangen. Das kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß von beiden Seiten angeregt wurde, in Zukunft hochschulpolitische Artikel aus der „neuen kritik" und dem „forum" auszutauschen.
Wenn man dieser Beurteilung zustimmt, heißt das, daß unsere Beziehungen zu Hochschulgruppen, zu Jugend- und Studentenorganisationen des Ostblocks nur dann sinnvoll sind, wenn von unserer Seite alles getan wird, daß sie zu einer wissenschaftlichen Information und einer darauf gründenden Diskussion führen.

Freilich darf man kaum hoffen, daß solche Gespräche gegenseitiger wissenschaftlicher Informationen über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus wirkungsvoll sein können.

Hans Peter Riesche

Bemerkungen zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der DDR

Dieter Staritz

Bereits kurze Zeit nach dem August 1961 begann in der DDR eine breite Diskussion der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung. Nach einer Periode harter lohnpolitischer Entscheidungen (Produktionsaufgebot), mit denen die rückläufige Entwicklung der Produktion gebremst werden sollte, wandte sich die Parteiführung der Reorganisation der Planung und Leitung der Volkswirtschaft zu.
Seit der Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees der SED vom Oktober 1961 riß die Debatte ökonomischer Probleme nicht mehr ab. Auf Plenartagungen des ZK, auf Konferenzen, auf dem VI. Parteitag der SED (Januar 1963) und endlich in einer Richtlinie des Ministerrates der DDR (Juli 1963) wurden die Grundzüge eines „neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" formuliert.
Seit dem Bestehen der DDR hat es eine Reihe von Reorganisationen des Wirtschaftsapparates gegeben. Letztlich handelte es sich bei diesen Maßnahmen aber immer um Veränderungen bürokratischer Strukturen. Den notwendigen Auflockerungen erstarrter Apparate folgte jedoch nicht die Revision der Planungsmethodik oder gar die Aufgabe ökonomisch und politisch uneffektiver Positionen der Partei im Bereiche der Planung und Leitung. Am Ende der Lockerungen stand somit stets die Meinung zu neuer Erstarrung.
Erst jetzt, nach dem 13. August 1961, sah sich die Partei in der Lage, eine von weniger schwerwiegenden Rücksichten beeinflußte, langfristige, politische und ökonomische Konzeption zu entwickeln, hergebrachte und im Interesse der Machtsicherung bisher benutzte Methoden und Apparate kritisch zu überprüfen und abzubauen. Diese Strategie kann stark verkürzt wie folgt formuliert werden: Stärkere Loyalisierung der DDR-Bevölkerung durch Rationalisierung des Herrschaftssystems und schrittweise volkswirtschaftlich optimale Hebung des Lebensstandards unter den Bedingungen der geographischen und damit bedingt auch politischen Absicherung vom Westen. Bei dieser Konzeption handelt es sich im Grunde um die notwendig verspätete Übernahme der vom XX. und XXII. Parteitag der KPdSU formulierten Strategie des sozialistischen Lagers.
Das Kernstück dieser Politik auf lange Sicht ist ohne Zweifel das neue ökonomische System.
Der SED- und der Staatsapparat waren nach dem 13. 8. 61

erstmals in der Lage, sichere Prognosen, d. h. objektiv realisierbare Perspektivpläne, auszuarbeiten. Die bis dahin nicht unerhebliche Schwächung der DDR durch die ständige Ost-West-Wanderung und dem stillen, aber heftigen Wirtschaftskrieg (Interzonenhandel, Embargopolitik, Abwerbung von Patentträgern etc.) ist, wenn auch nicht vollständig, unterbunden worden.

Neben diesen äußeren dürfen jedoch nicht die inneren Störungsfaktoren, die aus der teils widersprüchlichen, teils unverständlichen Wirtschafts- und allgemeinen Innenpolitik herrührten, übersehen werden.

So stand die Entwicklung der DDR in den Jahren von 1958 bis 1961 unter dem Einfluß von drei einander hemmenden bzw. widersprechenden Entscheidungen: der ökonomischen Hauptaufgabe, der Kollektivierung der Landwirtschaft und der „Störfreimachung" und „engen Wirtschaftsgemeinschaft mit der Sowjetunion". Bekanntlich verkündete der V. Parteitag der SED (1958) eine ökonomische Hauptaufgabe, deren wesentlicher Inhalt das Erreichen des bundesdeutschen Pro-Kopf-Verbrauches an wichtigen Nahrungs- und Konsumgütern bis zum Ende des Jahres 1961 und das Einholen der westlichen Pro-Kopf-Produktion bis 1965 war. Die Konsumtion sollte sich also schneller entwickeln als die Produktion. Eine unverständliche Aufgabe, wenn man nicht annehmen will, daß sie durch sowjetische Hilfsversprechen abgesichert war. Dieses Programm wäre — selbst unter Berücksichtigung eventueller sowjetischer Kredite — nur durch eine Steigerung der Außenhandelsumsätze und durch die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen gewesen.

Diese Möglichkeit wurde aber schon im Frühjahr 1960 mit der Kollektivierung der Landwirtschaft zunichte gemacht. Es ist noch heute völlig ungeklärt, welche Überlegungen das Politbüro der SED zu dieser auch die Partei überraschenden Entscheidung veranlaßt haben. Eine Untersuchung des Siebenjahrplanes (1959—1965) legte die Vermutung nahe, daß der genossenschaftliche Zusammenschluß erst für die letzten Jahre dieser Planungsperiode vorgesehen war. (Vgl. dort die geplante Entwicklung des Landmaschinenbaus und der Düngemittelproduktion.)

Die unter den Bedingungen der verstärkten Freistadt-Berlin-Kampagne forcierte Kollektivierung war von dem Versuch begleitet, die Handwerker in Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) zusammenzuschließen. Diese Politik führte zu der bekannten Abwanderungsbewegung, die das geringe Arbeitskräftepotential und damit die Produktion schwächte, was wiederum zur verstärkten West-Flucht beitrug.

Der Versuch, durch eine schnelle Hebung des Lebensstandards die Konsolidierung der DDR zu forcieren, d. h. mit wirtschaftspolitischen Mitteln die Abschließung der DDR zu umgehen, fiel der sachlich zweifelhaften Entscheidung zur Kollektivierung zum Opfer.

Andererseits wurde die in der ökonomischen Hauptaufgabe angelegte Notwendigkeit zu verstärktem Außenhandel auch mit dem Westen durch die im Dezember 1960 eingeleiteten Maßnahmen zur „Störfreimachung" der DDR-Wirtschaft unmöglich gemacht. Sie waren durch die im Oktober 1960 von der Bundesregierung ausgesprochene „vorsorgliche" Kündigung des Interzonenhandels-Abkommens notwendig geworden. Die Bemühungen der Wirtschaftsplanung, die aus einer Unterbrechung des Interzonenhandels eventuell sich ergebenden Störungsfaktoren auszuschalten, konnten aber nur mit tiefgreifenden Veränderungen des laufenden Planes, d. h. mit der Aufnahme neuer — meist unrentabler — Produktionen und mit der Reduzierung der Zuwachsraten fast aller Zweige verbunden sein. Die mit der Sowjetunion vereinbarte „enge Wirtschaftsgemeinschaft" implizierte eine weitgehende Ausrichtung der Produktion auf sowjetische Bedürfnisse.

Diese notwendig gewordene neue Wirtschaftspolitik war mit strukturellen und personellen Veränderungen im Wirtschaftsapparat verbunden (Juli 1961). An die Stelle der mehr oder minder qualifizierten Fachleute in der seinerzeit wichtigsten wirtschaftspolitischen Instanz, der Staatlichen Plankommission, traten zwar politisch, aber kaum fachlich legitimierte Funktionäre. Der Staatlichen Plankommission verblieb die Perspektivplanung. An ihre Spitze rückte der bisherige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock, Karl Mewis, in dessen engerem Machtbereich die Kollektivierung am schnellsten und fragwürdigsten zum Abschluß gebracht worden war. Mit der laufenden Planung und Leitung der Volkswirtschaft wurde ein neugebildeter Volkswirtschaftsrat unter der Leitung des bisherigen Kaderchefs der Partei, Alfred Neumann, betraut.

Im Laufe des Jahres 1961 war deutlich geworden, daß weder die ökonomische Hauptaufgabe noch der Siebenjahrplan gelöst werden konnten. Die 1961 erreichte Produktionssteigerung lag weit unter der geplanten Entwicklung (vgl. Gesetz über den Siebenjahrplan, Sonderbeilage „Wirtschaft", v. 3. 10. 1959, und den Volkswirtschaftsplan für 1962 in „Berliner Zeitung", v. 30. 3. 1962).

Die Ausarbeitung neuer wirtschaftspolitischer Vorstellungen und Richtlinien für die Planung und Leitung der Volkswirtschaft geht so auf einen ganzen Motivkomplex zurück. Sah man von den aktuellen Produktionsproblemen einmal ab, so blieben als wesentliche Aufgaben die Ausrichtung der Wirtschaftsplanung auf langfristige ökonomisch-technische Prognosen, die Ablösung der weniger fachlich-sachlich denn ideologisch orientierten und qualifizierten Wirtschaftsbürokratie, und als Voraussetzung für beides die Neubelebung der Wirtschaftswissenschaften. Mit dem alten Planungs- und Leitungsapparat war zwar bisher die Machtsicherung — besonders unter den Bedingungen der offenen Grenze —, nicht aber eine von den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Produktion ausgehende effiziente Wirtschaftsführung zu

erreichen. „Die politische Ökonomie war zu einer banalen Kategorienlehre geworden, in der dialektische Zusammenhänge verschwunden waren, in der ‚reine' Definitionen aneinandergereiht wurden." (So Klaus Korn in „Forum", Nr. 22, 1963, 2. Novemberheft, S. 4.)

Bisher waren alle Versuche, dieses Dilemma zu beschreiben oder gar zu beheben, stets auf den Widerstand der ernstlich um ihre Positionen besorgten Parteikader gestoßen. Erst die neue, übersichtlichere Lage nach dem 13. 8. einerseits und das Scheitern der bisherigen ökonomischen Politik andererseits schufen neuen Erwägungen und Programmen Raum.

Erleichtert wurden die nun geführten Debatten durch die im September 1962 in der Sowjetunion begonnene Diskussion über mögliche Veränderungen der bisherigen Planungspraxis. Der Charkower Ökonom Liberman hatte in der „Prawda" unter dem Titel „Plan-Gewinn-Prämie" (deutsch: „Ostprobleme", 14. Jhg., 1962, S. 661 ff.) einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er sich gegen den Zentralismus in der Wirtschaftsplanung wandte, eine größere Selbständigkeit für die Betriebe forderte und vorschlug, die Rentabilität als wesentliches Kriterium der Produktion mit Prämien zu honorieren. Er wies darauf hin, daß dazu das bisherige starre Festpreissystem geändert und die Preise den effektiven Kosten angenähert werden müßten. Nach einer intensiven Diskussion der Liberman-Thesen entschied sich die Plenartagung des ZK der KPdSU im November 1962 vorerst gegen die vorgeschlagenen Reformen, führte aber das Produktionsprinzip, d. h. verstärkte Verantwortlichkeit der Partei für Industrie und Landwirtschaft durch die Bildung entsprechender Büros auf allen Ebenen ein. Von Libermans Forderungen wurde nur eine übernommen: Im Bereich des Handels soll der Gewinn Gradmesser der wirtschaftlichen Tätigkeit werden.

In der Folgezeit sind auch in der Sowjetunion neue, dem DDR-Experiment entsprechende Diskussionen wieder in Gang gekommen.

Die folgenden ZK-Tagungen, die Wirtschaftskonferenzen und der 6. Parteitag formulierten den wesentlichen Gehalt des Neuen. Bemerkenswert war die immer wieder versuchte Absicherung gegen die in der DDR 1957 als revisionistisch verurteilten Forderungen Behrens' und Benarys (vgl. Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, 1957), die die zentralistische Detailplanung kritisiert und einen über ökonomische Hebel stimulierten, sich quasi selbst regulierenden Wirtschaftsprozeß postuliert hatten.

Wie seinerzeit die Revisionisten kritisierte nun die Parteiführung die aus der alten Planungsmethodik sich notwendig ergebende Bürokratisierung der Wirtschaftsführung und die widersprüchliche wirtschaftliche Entwicklung. Die vorherrschende Orientierung der Pläne an der Menge (sog. Mengenplanung) und damit die Prämiierung der quantitativen Übererfüllung reizten zur Aufstellung „weicher" Pläne, d. h. tendenziell zur Stagnation der Produktion an. Andererseits waren die Werkleiter durch eine Fülle einzuhaltender Kennziffern, die fast jedes Detail der Produktion betrafen, in der Entwicklung eigener Vorstellungen und Initiativen gehindert. In der Konsequenz fehlte jeder Anreiz zum ökonomisch-technischen Experiment und damit zur Verbesserung der Technologie sowie zur kostensparenden Produktion. Damit wiederum drohte die gesamte Produktion technologisch auf ein Niveau abzusinken, das, am Weltstand gemessen, veraltet ist. Die Konsequenzen für eine exportintensive Industrie liegen auf der Hand.

Unter dem Stichwort „Ausbau der nationalen Wirtschaft" wurden konkrete Vorstellungen zur vorrangigen Entwicklung der traditionellen Industrien entwickelt. In diesem Zusammenhang gewann die bisher vernachlässigte Perspektivplanung praktische und theoretische Bedeutung. Nicht zuletzt wegen des Versuches der Neubelebung des RGW mußten diese Fragen nunmehr vorrangig behandelt werden.

Konnte man nach dem November-Plenum des ZK der KPdSU noch fürchten, daß sich die genannten Reformbestrebungen in der DDR nicht mehr voll durchsetzen würden, so zeigte der im Januar 1963 stattfindende VI. Parteitag der SED, daß das Politbüro wohl erstmals bereit war, unabhängige, von der Sowjetunion nur sehr unwesentlich vorgezeichnete Wege zu gehen. Unter der Losung: „Was der Gesellschaft nützt, muß auch dem einzelnen sozialistischen Betrieb und den Werktätigen nützen", beschäftigte sich die Partei mit der Notwendigkeit, in stärkerem Maße das „Prinzip der materiellen Interessiertheit" in die Planung und Leitung der Volkswirtschaft einzubeziehen. Sie forderte die Reduzierung der Planung auf die Hauptproportionen der Volkswirtschaft, die verstärkte Beachtung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, den Ausbau der VVB zu „sozialistischen Konzernen" und die Änderung der bisherigen Preispolitik — als Grundlage echter Kalkulation und besserer Fassung des Prämienwesens. (Walter Ulbricht, „Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Berlin, 1963, S. 82 ff.) Diese Veränderungen sollten durch die Umstellung der Parteiarbeit auf das Produktionsprinzip begleitet werden, die dann im Februar 1963 auch verfügt wurde. Man hat das im Westen als Absicherungsmaßnahme gegen die möglichen politischen Konsequenzen einer Auflockerung der Wirtschaftsplanung gewertet. (So Ludz, in „SBZ-Archiv", Nr. 17/18, 1963, S. 261 ff.) Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen (vgl. Diskussion auf dem 5. ZK-Plenum, „Neues Deutschland" v. 5. 2. 1964) ist jedoch die Annahme gerechtfertigt, daß damit eine Qualifizierung der Parteiarbeit im Sinne einer kontinuierlichen und sachkundigeren ökonomischen Politik der Partei auf allen Ebenen eingeleitet worden ist und die Partei bemüht ist, sich den jeweiligen Erfordernissen strukturell anzupassen.

Die Ausführungen Ulbrichts auf dem VI. Parteitag, die Diskussionen auf der Wirtschaftskonferenz von Juni 1963,

die im Juli 1963 verkündete Richtlinie des Ministerrates über das neue ökonomische System („ND" v. 16. 7. 1963) sowie die Auswertung der ersten Erfahrungen der neuen Wirtschaftspolitik durch das 5. Plenum des ZK der SED geben konkretere Auskunft über den wesentlichen Inhalt des neuen ökonomischen Systems. Es handelt sich ganz allgemein um einen großangelegten Versuch, durch eine Modernisierung der Planungs- und Leitungstätigkeit die Rentabilität der DDR-Wirtschaft zu sichern und zu erhöhen. Zu diesem Zwecke sollen im Verlaufe eines l ä n g e r e n Prozesses folgende Reformen durchgeführt werden:

1. Die Neuregelung der Entscheidungsbefugnisse auf allen Ebenen des Wirtschaftsapparates im Sinne einer „Delegierung der Verantwortung nach unten".

Zu diesen Fragen gibt die oben genannte Richtlinie klare Auskunft.
Der Ministerrat soll den gesamten Reproduktionsprozeß planen und leiten. Er arbeitet auf der Grundlage der Beschlüsse des ZK. Die Staatliche Plankommission — Organ des Ministerrates — ist verantwortlich für die Perspektivplanung und die Ausarbeitung der Orientierungsziffern für die Jahresplanung.
Der Volkswirtschaftsrat — ebenfalls Organ des Ministerrates — erarbeitet die Jahrespläne und leitet über seine Industrieabteilungen die gesamte industrielle Produktion. Die 80 VVB, die ökonomischen Führungsorgane eines Industriezweiges, werden von den Industrieabteilungen angeleitet und sind ihrerseits verantwortlich für den gesamten Reproduktionsprozeß der ihnen unterstellten Betriebe. Sie sollen vor allem den rationellen Einsatz und die Entwicklung neuer technischer Verfahren gewährleisten. Sie sollen nach den Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten, d. h. sich an der Rentabilität des Industriezweiges orientieren.
Die VEB erhalten von ihrer VVB die wesentlichen Hauptkennziffern der Produktion, die auf dem Planvorschlag des Betriebes beruhen. „Der volkseigene Betrieb hat den planmäßig vorgesehenen Gewinn zu erwirtschaften und muß durch rationelle Produktion und Organisation seiner Tätigkeit eine hohe Rentabilität der Produktion sichern. Dabei ist der Gewinn ein entscheidender Maßstab für die Beurteilung der ökonomischen Leistung des Betriebes." („Richtlinie des Ministerrates", a. a. O., S. 11.)
Der Werkdirektor hat dafür Sorge zu tragen, daß mit dem Prinzip der materiellen Interessiertheit „die Initiative der Werktätigen und ihrer Kollektive ständig auf die volle Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Fonds gelenkt wird, um dadurch eine hohe Rentabilität des Betriebes zu erreichen". (ebenda, S. 11.)
Nach Ulbricht ist das neue Planungs- und Leistungssystem gekennzeichnet durch die „Zentralisierung der Grundfragen, speziell der perspektivischen Entwicklung und der volkswirtschaftlichen Koordinierung, während die Verantwortung für die einzelnen Betriebe der Wirtschaft, für die Industriezweige und Betriebe, speziell für die konkrete Organisation des Wirtschaftsprozesses sinnvoll nach unten zu delegieren ist. Wenn man das konsequent durchführt, erhält man eine Pyramidenform der Leitungsfunktionen. An der Spitze werden zahlenmäßig wenige, dafür aber für den Gesamtprozeß grundlegende Fragen entschieden, während hiervon ausgehend die einzelnen Leitungsorgane ihre spezifischen Probleme der praktischen Führung der Wirtschaft lösen." (Ulbricht auf dem 5. Plenum, „ND" v. 5. 2. 64.)
Mit der Reduzierung der zentralistischen Detailplanung auf die Ausarbeitung wesentlicher Kennziffern für die proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft wüchse die Verantwortung der VVB und der ihnen angeschlossenen Betriebe. Die VVB nähmen dann tatsächlich den Charakter von Konzernen an, die für die wirtschaftlich-technische Entwicklung ihrer Betriebe verantwortlich wären. Sie hätten für Absatz und Materialfluß zu sorgen und Marktforschung zu betreiben. (Vgl. „Richtlinie" . . ., S. 26 f.) Im Rahmen der reduzierten zentralen Anweisungen wüchse ihre Selbständigkeit; die wirtschaftliche Führungstätigkeit der Zentrale näherte sich einer Rahmenplanung an, die über ökonomische Hebel realisiert würde.
Die eingeleitete Umstrukturierung des Apparates ist daher keineswegs eine einfache Umgruppierung bürokratischer Elemente, sondern tatsächlich eine Verminderung der Bürokratie. An die Stelle des fesselnden Zentralismus tritt die Ermunterung ökonomischen Denkens.

2. Die Verbindung der zentralen Planung mit einem System ökonomischer Hebel.

„Ökonomische Hebel sind gesetzmäßige Beziehungen zwischen den objektiven gesellschaftlichen Erfordernissen und den materiellen Interessen der Menschen, die direkt oder indirekt wirken und durch ihre jeweilige Gestaltung die Werktätigen zu einem bestimmten wirtschaftlichen Verhalten anregen." („Richtlinie", ebenda, S. 17.)
Der Einsatz „ökonomischer Hebel" ist nicht neu. Unter den bisherigen Planungs- und Leitungsbedingungen gab es eine Fülle von Stimuli, die stets im Interesse der jeweiligen wirtschaftlichen Ziele verwendet wurden. Im System detaillierter Produktionsanweisungen spielten sie aber eine nur untergeordnete Rolle. Durch die 1957 von Behrens und Benary (vgl. „Wirtschaftswissenschaft" a. a. O.) vorgetragenen Forderungen waren sie in Verruf geraten. Wahrscheinlich mußte die Partei seinerzeit im Interesse der Festigung ihrer nur bedingt gefestigten Position (1956, Ungarn, Polen) derartige Forderungen als potentiell feindlich und revisionistisch verwerfen. Nach dem 13. 8. dagegen konnten solche Überlegungen zu Ende gedacht und realisiert werden.

Das jetzt angestrebte System ökonomischer Hebel soll so strukturiert sein, daß materielle Anreize nur für die Erfüllung volkswirtschaftlich nützlicher Leistungen gewährt werden: Stimuli zur Sicherung der geplanten proportionalen

Entwicklung. Dabei sollen die Hebel so „angesetzt" werden, daß Detailplanung und Reglementierung überflüssig werden, daß sich die Planung und Leitung der Wirtschaftstätigkeit tatsächlich auf die Hauptfragen konzentrieren kann.
Gewinn und Preis werden in diesem Zusammenhang Hauptrollen zugesprochen. Daneben werden Umsatz, Lohn, Prämien und die moralisch-ideellen Anreize (wie Prestige, Belohnung von Betriebstreue) erwähnt.
Die bisherige Preispolitik, die nur sehr bedingt die effektiven Kosten berücksichtigte, konnte schlechterdings nicht zur Gewinnsteigerung anreizen. Deshalb kann der Gewinn nur dann „Hebelwirkung" haben, wenn die Preise in stärkerem Maße die Selbstkosten ausdrücken, d. h. wenn das Wertgesetz im Rahmen des Planes wirken kann. Mit der Umbewertung der Grundmittel und der Einführung neuer Industriepreise, die stärker an den effektiven Kosten der Grundstoffindustrie orientiert sind, werden dafür bereits wichtige Voraussetzungen geschaffen. Da der Gewinn aber andererseits nicht allein die Produktionsmaximierung, sondern die sortiments- und qualitätsgerechte Fertigung auf höchstem technischem Niveau ausdrücken soll, sind weitere Veränderungen notwendig. Augenblicklich wird an einer Differenzierung der Preise nach den Qualitätsmerkmalen der Waren und dem Annäherungsgrad an den technischen Weltstand experimentiert. „Gewinn darf nur erzielt werden, wenn auf hohem technischem Niveau produziert wird. Wer veraltete Produktion bringt oder schlechte Qualität liefert, muß empfindliche Verluste erleiden." (Ulbricht auf der Wirtschaftskonferenz, 24.—25. 6. 63, „ND" v. 26. 6. 63.)
Die Verbindung der persönlichen mit den gesellschaftlichen Interessen soll durch leistungsabhängige Löhne und Gehälter, Jahresendprämien, leistungsabhängigen Zusatzurlaub und Schichtprämien verbessert werden. Die Lohn- und Prämienfonds sollen stärker vom Gewinn bzw. von qualitativen Kennziffern abhängig gemacht werden. Der materielle Anreiz soll erhöht, aber immer im Interesse der Erfüllung volkswirtschaftlich wichtiger Aufgaben gewährt werden.
Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die Mehrzahl der hier angedeuteten Veränderungen bisher keineswegs realisiert worden ist.
Diese Umstellung erfordert Zeit und Energie.
„Die Kunst besteht jetzt darin, das System ökonomischer Hebel so zu gestalten, daß jede Leistung, die dazu beiträgt, die Produktion optimal zu entwickeln, gleichzeitig zu einem höheren Gewinn führt und dem einzelnen Werktätigen eine seiner Leistung entsprechende Anerkennung sichert. Wenn wir das erreichen, haben wir gewonnen." (Ulbricht auf der Wirtschaftskonferenz, „ND" v. 26. 6. 63.)

3. Neue Kaderpolitik

Die unter 1 und 2 genannten angestrebten Veränderungen des Leitungs- und Planungsgeschehens können nur dann durchgesetzt werden, wenn kader-(personal-)politische Konsequenzen gezogen werden. Der bisher vorherrschende und vom Planungssystem geforderte mehr politisch als ökonomisch zuverlässige Wirtschafts- und Parteifunktionär ist den neuen Aufgaben nur selten gewachsen. Wo weitgehend eigenverantwortlich gearbeitet werden muß, wenn Gewinn und damit steigende Gehälter und Prämien bezogen werden sollen, hat der an bürokratische Anweisungen gewöhnte unqualifizierte Funktionär keine echte Überlebenschance. Das gilt selbstverständlich nicht nur für die im engeren Sinne wirtschaftlichen Tätigkeiten, sondern im gleichen Maße für die technischen und politischen.
Wenn das neue ökonomische System nicht im Kampagnenstadium steckenbleiben soll, sind neue personalpolitische Erwägungen und Konsequenzen erforderlich. Auf der 5. Plenartagung des ZK deutete Walter Ulbricht diese Entwicklung recht drastisch an: „... die Parteiarbeit unter diesen neuen Bedingungen erfordert schöpferisches Denken und Handeln auf der Grundlage fundierter politischer und ökonomisch-technischer Kenntnisse... Kleinliche, engstirnige Beamtenseelen, die losgelöst vom Leben und vom Kampf der Werktätigen in der Volkswirtschaft den Blick für das Neue und die Verbindung zu den Menschen verloren haben, können wir als Leiter ebenso wenig gebrauchen, wie alte Routiniers, die nicht begreifen wollen, daß es im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft unmöglich ist, mit alteingefahrener administrativer und dogmatischer Arbeitsweise die Menschen zu führen... Die Partei muß solche Kader fördern, die in ihrer Arbeit beweisen, daß sie das Neue erkennen und durchsetzen. Dieser Prozeß hat begonnen." (Ulbricht auf dem 5. Plenum, „ND" v. 5. 2. 64.) Derartige Forderungen sind nicht neu, jetzt aber werden sie zwingend.
Die Partei hat deshalb in letzter Zeit wiederholt an die Jugend appelliert und die Staats- und Wirtschaftsorgane aufgefordert, den jungen Fachleuten verantwortliche Funktionen zu geben und sie nicht in Positionen verharren zu lassen, die ihrer Qualifikation nicht entsprechen. (Siehe hierzu: Jugendkommuniqué, Entwurf eines Jugendgesetzes, Materialien des 7. Parlaments der FDJ, Grundsätze für ein einheitliches sozialistisches Bildungssystem.)
Andererseits findet seit geraumer Zeit und gerade unter dem Aspekt des neuen ökonomischen Systems in der Presse der DDR eine Diskussion über Veränderungen in der akademischen Lehre und Forschung statt, um den Hochschulnachwuchs besser mit den Erfordernissen der Praxis vertraut zu machen. (Siehe hierzu vor allem „Forum".)
Natürlich zielen diese Bemühungen nicht nur auf die Heranbildung eines Stammes künftiger Partei- und Staatsfunktionäre, sie entsprechen vielmehr den wissenschaftlich-technischen Erfordernissen der Produktion, die — wie im Westen — in zunehmendem Maße den hochqualifizierten Fachmann verlangen.
Welche ökonomischen, politischen und sozialen Konsequenzen ergäben sich aus dem neuen ökonomischen System?

Die ökonomischen liegen auf der Hand: Die Wirtschaftsplanung verlöre ihr bürokratisches Gepräge, exakte ökonomische Prognosen würden möglich, die Wirtschaftspolitik verwissenschaftlichte sich, die Produktion orientierte sich schneller am wissenschaftlich-technischen Höchststand, die angebotenen Waren entsprächen in Sortiment und Qualität weitaus stärker der Nachfrage, ökonomisches Denken träte an die Stelle der noch vorherrschenden bürokratischen Subordination.

Die politischen Konsequenzen sind vor allem mit der Dezentralisierung der ökonomischen — und denkt man an das Produktionsprinzip — auch der politischen Entscheidungen verbunden. Ganz allgemein ist eine stärkere Orientierung der Parteipolitik an den sozialökonomischen Erfordernissen zwingend. Diese Rationalisierung der Politik ist allerdings nur möglich, wenn fachlich qualifizierte Funktionäre an die Stelle der altgedienten dogmatisch-unbeweglichen treten.

Die kaderpolitischen Konsequenzen können sich zu Störungsfaktoren bei der Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems entwickeln.

Ein Widerstand der mittleren und gehobenen Kader, der tendenziell zur Differenzierung der politischen Führung beitragen kann, ist denkbar.

Wenn dieses neue ökonomische System verwirklicht werden würde, so könnte es zu einer wirtschaftlichen Konsolidierung der DDR beitragen; denn die hier skizzierte Konzeption bemüht sich, die Politik zu rationalisieren, Arbeiter und auch Funktionäre nach dem tatsächlichen Produktionseffekt zu bewerten und jüngere qualifizierte Kader in die Leitung einzubeziehen. Ob das neue ökonomische System die Verhältnisse in der DDR festigen wird, wird davon abhängen, ob damit die Phänomene der Bürokratisierung und Hierarchisierung des gesellschaftlichen Lebens abgebaut werden, die eine eigene, sich mit der Arbeit identifizierende Aktivität vielfach hemmen. Das würde allerdings eine spürbare und kontinuierliche Hebung des Lebensstandards und eine tatsächliche Demokratisierung der Betriebe voraussetzen.

Tatsächlich bietet erst das Neue Ökonomische System die Möglichkeit des Ausbaus der formell existierenden betrieblichen Institutionen der Arbeiter. Unter den Bedingungen der weitgehenden Abhängigkeit der Werkleitungen von übergeordneten Instanzen war an eine betriebliche Mitbestimmung kaum zu denken. Es bleibt abzuwarten, wie die im NÖS angelegten Möglichkeiten ausgebaut werden. Die Experimente mit den „Produktionskomitees bei den Werkleitungen" sollten aufmerksam verfolgt werden.

Die Frage, inwieweit das Neue Ökonomische System zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft beitragen kann, wurde hier ausgeklammert, da in der DDR das Problem der Rationalisierung als vorrangig betrachtet wird.

Bildungshumanismus und Universitätsidee

Wolfgang Nitsch

An Stelle einer Rezension des Buches von Helmut Schelsky „Einsamkeit und Freiheit"

Die neuhumanistische Bildungswelt wurde nicht immer nur als eine Art Prägestock zur Formung des sittlichen Bewußtseins und Handelns innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft mißverstanden, wie es heute, laut neuester soziologischer Sprachregelung, den Anschein hat; sondern höhere, archaische Erwartungen knüpfen sich an diesen Bildungsbegriff: die Erinnerung an die ‚frühe Kindheit der Menschheit', das verklärte Griechentum, die poetische Ansicht der Antike (so vor allem bei Winckelmann, Heyne, F. A. Wolf und Schiller).

Nimmt man Humboldts Bild von der Universität bei seinem höchsten Anspruch, so hieße das: jenes durch universale wissenschaftliche Bildung im Geiste der Philosophie geformte sittliche Bewußtsein und Handlungsvermögen sollte die Vervollkommnung der Person zu realer seelischer Autonomie in harmonischer Gestalt bewirken. Eine höhere Dimension des menschlichen Lebens selbst, nicht nur des sittlichen Handelns in der alten sozialen Haut, wird hier gedacht und beansprucht, „durch die Verknüpfung unseres Ichs mit der Welt zu der allgemeinen, regsten und freiesten Wechselwirkung"[1]).

Die Universität als höchste Anstalt auf diesem Wege zur Selbstvervollkommnung des individuellen Daseins in Wechselwirkung mit der Welt, im Freundschaftsbund und Dialog von Einsamkeit zu Einsamkeit, gewann darum die Aura einer religiösen Institution. Sie war der ausgesparte Freiraum, in dem diese höhere Qualität des Mensch-Seins in spielerischer Muße und Kontemplation für eine kleine Elite zu sozialer Realität heranreifen sollte.

Von den idealistischen Denkern durchstieß wohl nur Schiller in seiner Auseinandersetzung mit der Ethik und Ästhetik Kants die Wand jenes falschen Bewußtseins, demzufolge die volle Freiheit und Harmonie menschlichen Daseins allein durch die geistige Selbstvervollkommnung und Versittlichung für eine Elite schon innerhalb — oder oberhalb — der heranwachsenden bürgerlichen Gesellschaft soziale Realität sein sollte. Denn er verstand in den „Briefen über die ästhetische Erziehung des Menschen" die Befreiung des Menschen zu seinem Gattungswesen nicht als eine bloß transzendentale „innere" Freiheit, sondern als reale Freiheit in einer neuen sozialen Wirklichkeit, die eine vollkommene Lösung von der geltenden Realität voraussetzte, in welcher der Mensch „bloß Abdruck seines Geschäfts, seiner Wissenschaft", also reines Arbeitsinstrument wurde. Diese als verloren gedachte soziale und seelische Realität versuchte er mit dem Begriff des Spieltriebs zu fassen. Erst wenn einmal der „Zwang des Bedürfnisses" durch den „Zwang des Überflusses" ersetzt werde, könne auch das reale menschliche Dasein wieder zu der „freien Bewegung, die sich selbst Zweck und Mittel ist", werden; wenn auch in einigen auserlesenen Zirkeln, im ästhetischen Erleben, nicht in der Wissenschaft und Philosophie, diese Welt in ihrer Vorahnung schon geschaut werden konnte.[2])

Der „philosophische Kopf", den er in seiner Jenaer Antrittsrede als reale Möglichkeit für die Studenten dem „Brotgelehrten" gegenüberstellt, verbleibt noch in der Sphäre des Strebens nach „Vollendung seines Wissens", „im Gebiet des Verstandes", ohne diesen „mit dem Interesse der Sinne versöhnen zu können". Er überwindet den Brotgelehrten in sich selbst nur moralisch.

Die Befreiung der „Sinnlichkeit" im Spieltrieb und ihre Versöhnung mit der Vernunft würde den Gesetzen dieser Vernunft gerade jene „moralische Nötigung" nehmen, auf die das normative Bild des philosophischen Kopfes, das abstrakte Bildungsprinzip der Versittlichung des Bewußtseins im Medium philosophischen Wissens allemal hinauslief.

Die neuhumanistische Bildungsbewegung ist der höchste Anspruch der frühen bürgerlichen Intelligenz an ihre Klasse. Sie findet in der radikalen Negation der gerade sich ankündigenden Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft ihre verklärende Selbstbestätigung, wird aber damit selber Teil jener Wirklichkeit, gegen die sie zu verwirklichen wäre. Sie bleibt das notwendig uneingelöste Versprechen auf das befriedigte, befreite menschliche Dasein des seiner selbst mächtigen Menschen. Verlegte sie doch die Befreiung des Menschen zu seinem Gattungswesen nur in das Innere einiger weniger, die als Elite einer geistesaristokratischen bürgerlichen Herrschaftsschicht, außerhalb der bürgerlichen „niederen Wirklichkeit" jenen vollkommenen Kulturstaat vorleben sollten, von dem nicht einmal mehr sicher schien, ob er einst das ganze Volk zu sich emporziehen würde — in einer künftigen freien Gesellschaft, deren „Weissagung, Bürge und Unterpfand" die Universität als „Hort der Vernunft" in den Augen Fichtes noch verkörperte.

Bei der Interpretation der neuhumanistischen Bildungsbewegung sind im Grunde Ansprüche und Normen in drei verschiedenen Dimensionen mit dreierlei gesellschaftlichen Substraten zu bedenken:

Erstens der geistesaristokratisch-kulturstaatliche Anspruch, in Abgrenzung von der drohenden Erhebung des „Pöbels" (durch die flache Aufklärung) die sittliche Vervollkommnung im Denken und Handeln für eine neuadlige, bürgerlich-patrizische Herrschaftselite im Dienste des Kulturstaates zu realisieren — das hieß gegen die plebejische bürgerliche Gesellschaft und ihre Zuckungen Ordnung zu schaffen. Philosophische und philologische Bildung wurde zum ideellen Pendant der juristischen und kameralistischen Fachschulung der höheren Staatsdiener, Diplomaten, Offiziere. Hierher gehört die Universitätsidee Schellings und das geistige Kompromiß Humboldts damit.[3])

Zweitens der liberale Anspruch, das sittliche Bewußtsein und Handeln des Menschen als freies Vernunftwesen in einer freieren bürgerlichen Gesellschaft für alle ihre Angehörigen zu realisieren — wenn auch nach den „Aufnahmebedingungen", wie sie Kant präzise formuliert hatte, nur der in die bürgerliche Gesellschaft mündiger Menschen aufgenommen werden kann, der „sein eigener Herr (ist), mithin irgendein Eigentum habe (wozu auch jede Kunst, Handwerk oder schöne Kunst der Wissenschaft gezählt werden kann), welches ihn ernährt."[4]) Dieser Anspruch schloß somit die Interessen und das Bewußtsein der aufsteigenden bäuerlich-kleinbürgerlichen „Studentenarmut", die künftigen Pfarrer und Lehrer ein. Er wurde konkret gefaßt entweder als organisches Wachsen und bewußtes Umdeuten historischer überkommener Institutionen in eine neue liberal-demokratische Qualität (so der Theologe Schleiermacher) oder als ein von der gebildeten Elite geführter „Erziehungsstaat" als moralisch-rigoroser Zwingherr zur Freiheit einer kommenden „Kulturgesellschaft" (in Distanz vom bloßen Kulturstaat), die in der Universität, dem „freien Bund der Gelehrten" und in den egalitär-demokratischen Freundschaftsbünden der Studenten vorweggenommen wurde (so im Sinne Fichtes). In beiden Fällen wird die gebildete Elite nicht als Naturkategorie, wie bei Schelling und Humboldt, sondern als historisch fungibel verstanden.[5])

Drittens der über beide hinausweisende Anspruch, die Zerreißung des Menschen in ein Verstandes- und Genußwesen, sei es auch in einer noch so liberalen bürgerlichen Gesellschaft, aufzuheben, entweder durch den fiktiven individuellen Sprung der Geistesaristokraten aus der Gesellschaft in die Freiheit der Einsamkeit (der eigentliche Kern der Bildungsidee Humboldts: die innere Regression in die Ebene des verlorenen Spieltriebs und der Kontemplation) oder durch einen epochalen sozialutopischen Sprung in eine „höhere Kultur", sei es auch durch barbarische Aus-

brüche hindurch, wie sie Schiller prophezeite.[6]) Von diesem höchsten Streben nach menschlicher Autonomie war es oft nur ein kleiner Schritt zum Rückfall in die Anomalie der radikalsten antibürgerlichen und antikapitalistischen Studentenbrüderschaften und Schwarmgeister (wie z. B. die „Gießener Schwarzen" und der Kotzebue-Mörder Sand).[7])

Die tiefe Ambivalenz des Bildungshumanismus, der sich im Laufe des 19. Jahrhunderts in seinen verschiedenen Derivaten vulgarisiert, vor allem in den Gesellschaftsbildern der „geistigen Elite", der „inneren Werte" und der (naiv geglaubten) „sozialen Gleichheit"[8]), ist somit bereits in den Widersprüchen zwischen den Grundpositionen seiner geistigen Ahnen angelegt; vor allem in dem historischen Umschlag vom augenblicklichen Aufblitzen liberalen und demokratischen Geistes als Reflex der Französischen Revolution, wie es sich in den unterschiedlichen Brechungen und Differenzierungen bei Fichte, Schiller, Schleiermacher bemerkbar machte, zur geistesaristokratisch-kulturstaatlichen „Rückkoppelung" des sozialphilosophischen Gehaltes der neuhumanistischen Bildungsbewegung bei Schelling, Humboldt und Steffens.

Für die letzteren war Bildung zwar noch nicht eine Sache bloßer privater Innerlichkeit, wie in einem der späteren Derivate des Bildungsprinzips (dem Modell der „inneren Werte"), aber doch Sache des Denkens und Handelns einer kulturstaatlichen Herrschaftselite oberhalb der durchaus schon in ihrer antagonistischen Struktur erkannten bürgerlichen Gesellschaft, in der „die Unterdrückung so vieler Individualitäten" aus sozialen Erfordernissen geboten war — auch schon mit der drohenden Gefahr der „Ochlokratie", der „allgemeinen Erhebung des Pöbels" am sozialen Horizont.[9]) Der naive liberale Glaube an die harmonische Wirkung, die invisible Hand des laissez faire war dem Gesellschaftsbild Humboldts und Schellings nach dem Schock der französischen Zustände nicht mehr gemäß.

Besitz- und Bildungsbürgertum, die bei Fichte und Schleiermacher — wenn auch in unterschiedlicher Weise — noch als versöhnbar gelten mochten, sind bei Humboldt und Schelling konstante Gegensätze, allerdings mit dem historisch signifikanten Unterschied, daß die gebildete Elite noch nicht als „sozial luxuriöses Nebenbei" (Schelsky)[10]) sich in ihre Innerlichkeit zurückzieht, sondern noch mit der über dem Besitzbürgertum herrschenden Staatselite verschmilzt. In ihr schienen für eine einmalige und kurze historische Periode, bevor die preußische und metternichsche Reaktion über Deutschland hereinbrach, Staatsmacht und Geist versöhnt, aber keineswegs bürgerlicher Besitz und Bildung.

Das übersehen sowohl Friedrich H. Tenbruck (in seiner sog. „soziologischen Matrix der Bildungsbewegung des deutschen Idealismus"), der ihr Autonomiestreben als Folge der durch rasches „Strukturwachstum" der deutschen Gesellschaft um 1800 konstituierten „sozialen Freiräume", als „maximale Offenheit der Situation des Individuums" interpretiert, sowie Helmut Schelsky in seinem neuen Buch „Einsamkeit und Freiheit". Aber auch — von einem entgegengesetzten, ideologiekritischen Standpunkt aus — Jürgen Habermas in der Einleitung zu der Untersuchung „Student und Politik" und Klaus Dörner (SDS, Berlin) in dem Aufsatz „Bildungshumanismus und gesellschaftliches Verhalten der Studenten" (DEUTSCHE UNIVERSITÄTS-ZEITUNG, Juli 1963), wo der liberal-aufklärerische Anspruch des westeuropäischen frühen Bürgertums generalisierend in die Interpretation der sozialen Bezüge des deutschen Bildungshumanismus einfließt.[11])

Dabei wird das gesellschaftliche Substrat des klassischen Bildungshumanismus (vor seiner Vulgarisierung) von der vielschichtigen besonderen historischen Lage und Perspektive Deutschlands zu Beginn des 19. Jahrhunderts abstrahiert, so als ginge es hier um eine Erscheinungsform des aufstrebenden Dritten Standes nach idealtypisch interpretiertem französischem Modell. Frankreich, Holland, Belgien und England kennen bezeichnenderweise keinen Bildungshumanismus. Es wäre notwendig, gerade die entscheidenden Brechungen und Umkehrungen jener Energien und Anstöße der Französischen Revolution auf deutschem Boden, unter ganz anderen sozialökonomischen Bedingungen, herauszuarbeiten.

Gerade weil die deutschen Idealisten noch nicht innerhalb der mitreißenden Dynamik einer aufstrebenden Bourgeoisie standen, konnten sie sich schon auf einen Standpunkt außerhalb oder jenseits der bürgerlichen Gesellschaft stellen. Sie waren mit dieser schon fertig, ehe sie richtig begonnen hatte. Schiller, Schelling und Humboldt, in anderer Weise auch Fichte und Schleiermacher, haben durchaus eine realistische Anschauung von den sozialen Zwängen der bürgerlichen Gesellschaft gehabt, noch bevor sie hierorts voll entwickelt war. Sie versuchten darum, deren antagonistische Dynamik im Entwurf eines Kulturstaates (oder eines Erziehungsstaates zur freien harmonischen Gesellschaft) einzudämmen oder zu überformen. Es galt, in einem einmaligen staatsreformerischen Akt der substantiellen Vernunft, die Individuen freizusetzen von den feudalständischen und aufgeklärt-despotischen Bindungen, sie zugleich aber zur neuen Bindung auf höherer Ebene, in der Ordnung des im Grunde antikapitalistischen Kulturstaates zu führen, noch bevor sich eine entfesselte bürgerliche Gesellschaft mit all ihrer „Uncultur und Barbarei" (Fichte) und der steten Drohung ihrer Explosion zur „Ochlokratie" (Schelling) überhaupt zu konstituieren vermochte.

Schelsky dagegen identifiziert das neuhumanistische Bildungsideal schlicht mit dem von Riesman („Die Einsame Masse") beschriebenen und abgegrenzten Sozialcharakter-Typ der „Innen-Leitung", jener in der „hochbürgerlichen Gesellschaftsverfassung" allgemein verbreiteten Lebenseinstellung.[12])

Traditions-Lenkung, Innen-Lenkung und Außen-Lenkung sind nach Riesman drei Typen der Verhaltenskonformi-

tät gegenüber den je herrschenden sozialen Verhältnissen. Von ihnen unterscheidet er die beiden Typen der Abweichung von gesellschaftlich herrschenden Normen, den Rückfall in die Anomalie und das Streben nach Autonomie. Der Charakter-Typus der Innen-Lenkung ist dadurch bestimmt, „daß die Kraft, die das Verhalten des Individuums steuert, verinnerlicht (wird), d. h. frühzeitig durch die Eltern in das Kind eingepflanzt und auf prinzipielle, aber dennoch unausweichliche Typen gerichtet (wird)".[13]) Um die neuhumanistische Bildungsbewegung mit diesem „hochbürgerlichen" Sozialcharakter — nach Riesman eine spezifische Weise der „Selbstentfremdung" des Menschen — identifizieren zu können, muß Schelsky das über ein kritisches Bewußtsein des Individuums vermittelte sittliche Handlungsvermögen auf die Verinnerlichung vorgegebener, nicht mehr kritisch-reflektierter Werthaltungen, auf eine allgemeine „idealistische Imprägnierung des menschlichen Charakters"[14]) reduzieren. Damit wird aber die erst in den Vulgarisierungen dieses Bildungsanspruchs eintretende Funktionalisierung auf beliebige „Ideale" und „Weltanschauungen", die arbeitsteilig von den jeweiligen Inhabern nationaler Obrigkeit und sozialer Macht geliefert werden, in den ursprünglichen kritischen Anspruch des Bildungsprinzips hineininterpretiert. Indem es so auf die typische „Lebenseinstellung" derer reduziert wird, die sich in den Entfremdungszusammenhängen der kapitalistischen Gesellschaft wohl fühlen dürfen, soll sein kritisches, antikapitalistisches Potential aus dem Bewußtsein gestrichen werden.

Der Rückfall des sozialen Verhaltens der meisten Gelehrten und Studenten in die selbstverständliche hochbürgerliche Verhaltenskonformität durch Innen-Lenkung, ist gerade Ausdruck des objektiv notwendigen Scheiterns jenes Strebens nach Autonomie des Individuums, nach Befreiung von den sozialen Zwängen der bürgerlichen Gesellschaft, seien sie auch durch Verinnerlichung vermittelt. Wer diesen Anspruch zu ernst nahm, geriet unter die Anomalen, den Kultus der Freundschaft und „Lebensreform" in den schwärmerischen Studentenbünden.

Eine soziologische Betrachtung der deutschen Universität, die das neuhumanistische Bildungsprinzip, vor seiner notwendigen Vulgarisierung, als Spiegelung der allgemeinen sozialen Verhaltensweise in der hochbürgerlichen Klasse erklärt, hat den Vorwurf des mechanischen, ungeistigen „Soziologismus", wie er von konservativer Seite erhoben wird, verdient und ist selber für die Vulgarisierung des Bildungshumanismus durchaus repräsentativ. Aus dieser Sicht erscheint es auch nur konsequent, wenn Schelsky seinen Standesgenossen bescheinigt, daß „die deutschen Gelehrten im Sinne dieser Idee (der Bildung) gebildet waren und sind"[15]) — mögen auch die historischen biographischen Quellen und empirische Ergebnisse der Sozialforschung aus der Gegenwart[16]) eine völlig andere Sprache sprechen.

In Wahrheit geht ein qualitativer Sprung mitten durch die neuhumanistische Bildungswelt: zwischen der Dimension des historischen, zusätzlich-repressiven Leistungsprinzips der Tauschwert-Gesellschaft und dem „Erinnern" an die terra incognita jenseits dieser Leistungswelt. (Unter „zusätzlicher Repression" sollen im Sinne von H. Marcuse „die durch die soziale Herrschaft notwendig gewordenen Beschränkungen" verstanden werden, die sich von der „Grundunterdrückung, der Triebmodifizierung (unterscheiden), die für das Fortbestehen der menschlichen Rasse in der Kultur unerläßlich ist". — „... während jede Form des Realitätsprinzips ein beträchtliches Maß an unterdrückender Triebkontrolle erfordert, führen die spezifischen historischen Institutionen des Realitätsprinzips und die spezifischen Interessen der Herrschaft (im Gegensatz zur „rationalen Machtausübung") zusätzliche Kontrollausübungen ein, die über jene hinausgehen, die für eine zivilisierte menschliche Gesellschaft unerläßlich sind", z. B. die „patriarchalische Familienstruktur" und die „hierarchische Aufteilung der Arbeit".[17])

Wohl blieb bei Schleiermacher, Fichte, Schelling und überwiegend auch bei Humboldt das Bildungsprinzip ein Moment der Rationalisierung, abstrakten Reflektion und geistigen Sublimierung der sozialen Repression durch ihre ideelle Ergänzung in der Ideenwelt — war aber darum noch nicht die ungeistige Spiegelung der sozialen Realität. Eine höhere Dimension des ideologischen Anspruchs erreichten nur Humboldt und Schiller: die Regression hinter die Welt der zusätzlich repressiven Leistung, Herrschaft und Moral, in der Form einer irrealen, gewissermaßen retrospektiv-utopischen „Wiederkehr" des in der Kultur verdrängten Lust- oder Spielprinzips, wie es ihnen in der Existenzweise des Künstlers oder des Weisen lebendig schien. Während aber Humboldt in der aristokratisch resignierenden Rückschau verharrt — und damit der schrecklichen Vereinfachung zum flachen Kulturpessimismus eher sich anbietet — war für Schiller dies „Erinnern" zugleich Hoffnung für eine reale allgemein-menschliche Zukunft.

„Schule gemacht" hat in der Weiterentwicklung des deutschen Bildungshumanismus aber nur Humboldts Haltung, in ihrer kulturpessimistischen und individualistischen Verkürzung zum Gesellschaftsbild der „inneren Werte" und der Dichotomie von Geist und Macht. Der anspruchsvollere Gehalt seiner Ideen wurde in die kleine Münze subjektiver Innerlichkeit gewechselt: zur Prestige-Demonstration des etablierten, aber politisch ohnmächtigen akademischen Mittelstandes oder — in seiner kulturpessimistischen Zuspitzung — zum Opium des absteigenden, von der „Massengesellschaft" bedrohten Mittelstandes oder schließlich — in seiner „Schwundstufe" — als therapeutische Psychotechnik und Soziopädie, als „planende Verwaltung und Konfektionierung dessen, was einst geistigen Rang besaß"

(Adorno) verschlissen — etwa im akademischen Bildungskanon und Persönlichkeitsbegriff „der Wirtschaft" oder der Studenten-Betreuer in Wohnheimen, wo „Persönlichkeit" zur Funktion der „Heimatmosphäre" gerinnt.
Heute wird die Universitätsideologie als angewandte „Ideologietechnik" handgreiflich — wenn es darum geht, Studenten in Kollegienhäuser einzuweisen oder, auf Grund eines bildungshumanistisch geprägten „Charakterbildes" in Aufnahmevorschriften, von Wohnheimplätzen auszuschließen, Leitbilder für ein System von akademischen Direktoren, Protektoren und Tutoren vorzuschreiben. Was heute Ideologiekritik „beim Wort nehmen" will, scheint längst verstummt, vergessen, seines eigenen Begriffs nicht mehr mächtig. Die versteinerten stummen Zeugen einer verlorenen Ideologie — die Institutionenhülsen des liberalen Rechtsstaates und Parlamentarismus ebenso wie der institutionalisierte Bildungsanspruch der deutschen Universität — müßten von ihren Kritikern selbst erst wieder zum Sprechen gebracht werden, um sie beim Wort packen zu können.

Literaturhinweise

ANGER, HANS, Probleme der deutschen Universität. Bericht über eine Erhebung unter Professoren und Dozenten. Tübingen 1960
ANRICH, ERNST (Hrsg.), Die Idee der deutschen Universität. Die fünf Grundschriften ... (Humboldt, Fichte, Schleiermacher, Schelling und Steffens). Darmstadt 1956
DÖRNER, KLAUS, Bildungshumanismus und gesellschaftliches Verhalten der Studenten. In: DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG 7/1963
GERTH, HANS, Die sozialgeschichtliche Lage der bürgerlichen Intelligenz um die Wende des 18. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Soziologie des deutschen Frühliberalismus. Berlin 1935
HABERMAS, JÜRGEN, Das chronische Leiden der Hochschulreform. In: MERKUR, Heft 109, März 1957
—, Vom sozialen Wandel akademischer Bildung. In: Universitätstage 1963 (Veröffentlichung der Freien Universität Berlin) 1963 — et al., Student und Politik, Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten. Neuwied 1961
HORKHEIMER, MAX, Gegenwärtige Probleme der Universität. Frankfurt a. M. 1953
—, Die Verantwortung der Universität. Würzburg 1954
LILGE, F., The Abuse of Learning. The Failure of the German University. New York 1948
MARCUSE, HERBERT, Eros und Kultur. Stuttgart 1957
SCHELSKY, HELMUT, Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen. Reinbek bei Hamburg 1963 (rde)
TENBRUCK, FRIEDRICH H., Bildung, Gesellschaft, Wissenschaft. In: Wissenschaftliche Politik. Hg. von D. Oberndörfer. Freiburg i. Br. 1961
WEIL, HANS, Die Entstehung des deutschen Bildungsprinzips. Bonn 1930

Anmerkungen

[1]) W. v. Humboldt, Theorie der Bildung des Menschen (1793), Ges. Schriften I, Berlin 1903, S. 238
[2]) Vgl. Marcuse, Eros und Kultur, S. 168 ff., Zit.: Schiller, Werke (Cotta), Stuttgart u. Tübingen 1826 f., Bd. XVIII, S. 150 f.
[3]) Vgl. Schelling in ANRICH (Hrsg.), a. a. O., 5. Vorlesung
[4]) Immanuel Kants Werke, ed. Ernst Cassirer, Berlin, Bd. VI, S. 378 f.
[5]) Vgl. Schleiermacher und Fichte in: ANRICH (Hrsg.), a. a. O., sowie Fichtes Gesammelte Werke, ed. J. H. Fichte, Bd. VIII, S. 216/217. Zum sozialgeschichtlichen Hintergrund vgl. H. Gerth, a. a. O., S. 35—67
[6]) Vgl. Marcuse, a. a. O., S. 184 f.
[7]) Vgl. H. Gerth, a. a. O., S. 62 ff.
[8]) Vgl. die Typologie der Gesellschaftsbilder in: Habermas et al., Student und Politik, S. 165 ff.
[9]) Vgl. Schelling, a. a. O., 2. Vorlesung
[10]) Helmut Schelsky, Einsamkeit und Freiheit. Münster 1961, S. 29
[11]) Tenbruck, S. 377 ff. und 399—401; Schelsky, S. 120 ff.; Habermas, Student und Politik, S. 17—20; Dörner, S. 16/17
[12]) Schelsky, a. a. O., S. 79—81
[13]) David Riesman et al., Die einsame Masse; dt. Hamburg 1958, S. 20—47, 252 ff., 272
[14]) Schelsky, a. a. O., S. 79/80
[15]) A. a. O., S. 121
[16]) Vgl. H. Gerth, S. 35—41; Alexander Busch, Die Geschichte des Privatdozenten. Stuttgart 1959; H. Anger, Probleme der deutschen Universität
[17]) A. a. O., S. 42 f.

Geist der Strategie

Elisabeth Lenk

Thomas von der Vring hat da ein Gericht zubereitet, das so heiß gegessen werden soll, wie es gekocht wurde. Nun, ich habe es gegessen und mir daran die Zunge verbrannt. Das möge man mir zugute halten, wenn meine Kritik vielleicht etwas heftig ausgefallen ist. Nicht, daß er die alte Strategie kritisiert, erscheint mir bedenklich, wohl aber das Wie seiner Kritik. In seinem Furor, das sozialdemokratische Unkraut zu jäten, geht er soweit, daß er, ohne es selbst zu bemerken, den einzigen Rechtsgrund einer Linken, den revolutionären Geist selbst ausreißt. Hier geht die Linke sich selbst an die Gurgel, und der da würgt, ist der Geist des Positivismus. Will man Thomas von der Vring glauben, so gibt es für die, die sich von den alten sozialdemokratischen Vorurteilen trennen, nur die triste Alternative: nunmehr sich zur „konkreten Wirklichkeit" zu bekennen. Er schreibt: „Bekennertum in Ehren — doch hätte die konkrete Wirklichkeit dieses wohl eher nötig als Karl Marx." Er will uns glauben machen, daß in dieser konkreten Wirklichkeit die Revolution, auf die die alten Marxisten als auf den einen erlösenden Griff hingearbeitet oder gewartet hatten, sich — durch die List des Weltgeistes — hinter ihrem Rücken bereits schrittweise vollzogen hat. Begeistert stellt er fest, „daß es heute einen je nach Land mehr oder weniger großen Bereich der Wirtschaft gibt, in dem die Koppelung von Investitionen und Gewinnen grundsätzlich beseitigt worden ist, und dessen Kapitalbedarf, prinzipiell

an den Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft gemessen, über den Staatshaushalt, d. h. gesamtwirtschaftlich befriedigt wird. Öffentlicher Transport und Nachrichtenverkehr, Straßenbau, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung sind in fast allen kapitalistischen Ländern der kapitalistischen Aneignungsweise entzogen." Und erst die nichtkapitalistischen Länder! ist man geneigt auszurufen. Dort sind alle Betriebe verstaatlicht! Wie herrlich weit haben wir's gebracht! Wenn solche Zeilen nicht naiv sind, so sind sie zynisch.

Mir scheint es an der Zeit, daß wir uns ein für allemal fragen, was wir als Sozialisten eigentlich wollen. Genügt es uns, daß mit dem Nachrichten-, Verkehrs-, Gas-, und Wasserwesen auch noch andere „Wesen" verstaatlicht werden, daß die Produktion ausgeweitet und die Produktivität gesteigert (S. 12, Spalte 1), daß jeder Betrieb nach seinem Bedarf versorgt wird (S. 12, Sp. 2), so können wir getrost den Marxismus („ein unseliger, zu parteilicher Einengung der Kritik verleitender Name") ad acta legen. Die Zeit arbeitet für uns und — à la rigueur — werden wir ihr bereitwillig hier und da zur Hand gehen. Wir können uns mit den Bürokraten und Technikern verbünden, die in sozialistischen und kapitalistischen Ländern ohnehin damit beschäftigt sind, den „sozialen Prozeß zu beherrschen", zu „handhaben", die ohne Unterlaß danach fragen, wie Leute zu „aktivieren" und Umwandlungen „planvoll durchzuführen" sind, die wie Thomas allem „Hypothetischen" und „Realitätsfremden" mißtrauen. Nur — mit kritischer Theorie hat das nichts mehr zu tun. Und in der Tat ist Thomas von der Vrings Begriff von Theorie zumindest zweideutig. Zwar erweist er mit einem Satz der Utopie seine Reverenz: „Begrifflich steht am Anfang die Utopie, eine mehr oder weniger bestimmte Vorstellung von einer besseren Gesellschaft, die der bestehenden Gesellschaft entgegengesetzt wird"; aber in seiner Definition von Theorie wird deutlich, daß bei ihm Positivismus und Marxismus sich derart verschränken, daß vom eigentlichen Stachel der Marxschen Theorie nicht mehr viel übrigbleibt. Er sagt von der Theorie:

> „Ihr Ziel ist ihre totale Selbstentfaltung bis zu dem Grad an Differenziertheit, bei dem Theorie und Wirklichkeit identisch sind."

Hier gehen zwei Dinge durcheinander: einmal die Erinnerung daran, daß Marx gesagt hat, man solle endlich aufhören, die Welt nur zu interpretieren, es komme darauf an, sie zu verändern. Wenn Marx seinerseits eine Theorie entworfen hat, so nicht in dem Glauben, daß diese neue Theorie durch totale Selbstentfaltung und Differenzierung das Wunder zuwege brächte, mit der Wirklichkeit identisch zu werden. Gerade die Möglichkeit solcher Identität hat er gegen Hegel geleugnet.

Alles, was er von der Theorie erwarten konnte und in der Tat erwartet hat, ist, daß sie ein Instrument wäre, die versteinerten Verhältnisse der kapitalistischen Welt zu sprengen. Wenn also Thomas von der Vring von Selbstentfaltung und Differenzierung spricht, so hat er offenbar etwas anderes im Sinn, nämlich die Grundidee des soziologischen Positivismus. Die Theorie im Sinne des soziologischen Positivismus hat kein anderes Ziel, als die von der empirischen Wissenschaft im Laufe der Jahre beigebrachten Fakten in einen logischen und unter Umständen gesetzmäßigen Zusammenhang zu bringen. Sie kann sich in der Tat erst total entfalten, wenn alle gegenwärtigen und zukünftigen Fakten bekannt sind, also an einem Zeitpunkt X, der in unendlicher Ferne liegt. Das charakteristische Merkmal einer solchen Theorie ist, daß sie sich — ihrem Selbstverständnis nach — jedes Urteils über die Wirklichkeit enthält. Das bedeutet übrigens keineswegs, daß sie objektiv oder werturteilsfrei wäre. Im Bereich der Sozialwissenschaften kann keine Untersuchung und keine Theorie ohne Werturteile auskommen (nachzulesen bei Max Weber). Der Schein von Objektivität entsteht lediglich dadurch, daß die Urteile, die diese Soziologie impliziert, kein Aufsehen erregen, weil sie mit den herrschenden Vorurteilen im wesentlichen übereinstimmen. Hinter der Maske der „Wissenschaftlichkeit" und „Objektivität" verbergen Erfolgssoziologen vom Schlage Dahrendorf (dessen Einfluß in Thomas von der Vrings Aufsatz unverkennbar ist) nur schlecht ihren Mangel an Mut und Originalität, ohne welche Eigenschaften die Wissenschaft in allen Jahrhunderten nicht eine Handbreit vom Fleck gekommen wäre (und auch heute nicht vom Fleck kommt).

Die sozialistische Theorie ist der Idee (leider nicht mehr oder noch nicht der Realität) nach etwas radikal anderes. Ihre Wurzel ist ein Werturteil über die gesellschaftliche Wirklichkeit. Sie tritt aus jener Zurückhaltung, die die positivistische Theorie übt, heraus, sie urteilt und verurteilt. Weit entfernt davon, sich zur Wirklichkeit als zu einem absoluten Wert zu bekennen, möchte sie gerade deren Grundgesetz aus den Angeln heben. Aber kehren wir zurück zu Thomas von der Vrings Bestimmung von Theorie. Er fährt fort:

> „Man sollte sich ... darüber im klaren sein, daß die totalentfaltete Theorie solange nicht erfüllter Anspruch bleiben muß, solange die Gesellschaft und ihre zukünftige Entwicklung teilweise von blinden Mechanismen bestimmt werden ...".

Wieso? Gerade das Umgekehrte ist richtig. Je eindeutiger das Handeln der Menschen von blinden Mechanismen bestimmt ist, je mehr sie also bloße „Charaktermasken" sind, desto einfacher hat es die Theorie. Wären nämlich die Menschen autonome Subjekte, so wäre es unendlich schwer, sie alle über einen theoretischen Leisten zu schlagen. Nur die Tatsache, daß es — auf Grund blinder Mechanismen — massenhaft gleichartiges Handeln gibt, macht die Bestimmung von sozialen Gesetzmäßigkeiten möglich. Das Gesetz ist um so reiner, je blinder es sich über die Köpfe der Menschen hinweg durchsetzt.

„... und daß die reale Vollendung und zugleich Aufhebung der Theorie erst in der völligen Beherrschung der sozialen Verhältnisse durch die Menschen besteht, also in der Überwindung der blinden sozialen Mechanismen." Vorläufig seien „einigermaßen sichere detaillierte Vorhersagen über den Verlauf des sozialen Prozesses einfach nicht möglich".

Wieder gehen hier zwei völlig verschiedene Vorstellungen durcheinander. Einmal in der „Vollendung" und den „sicher detaillierten Vorhersagen" die einer vollkommenen, alle gegenwärtigen und zukünftigen Fakten erfassenden positivistischen Theorie und zum anderen im Begriff „Aufhebung" die dialektische Idee, daß die Verwirklichung der Philosophie zugleich ihre Aufhebung wäre. Die Theorie, soweit sie die „blinden Mechanismen" betrifft, wäre in der Tat in dem Moment, da die Menschen den Produktionsprozeß beherrschen und nicht mehr von ihm beherrscht werden, überflüssig; sie würde durch eine technische Theorie der Beherrschung von Sachen ersetzt, denn der Ablauf des Produktionsprozesses wäre dann tendenziell so durchsichtig und berechenbar, wie es heute das Funktionieren einer Maschine ist. Dies gilt aber keineswegs vom gesamten sozialen Prozeß. Jenseits des Produktionsprozesses, im Reich der Freiheit, hätten Soziologen, Techniker und Positivisten für immer ihre Rechte verloren, denn gesetzmäßig, voraussehbar ist das Handeln der Menschen nur, soweit und solange es unfrei ist. Der freie Mensch ist imstande, Verhaltensweisen zu erfinden, von denen ein eindimensionales Positivistengehirn sich nichts träumen läßt. Die positivistische Utopie von einer Gesellschaft, die total berechenbar wäre und die Marxsche vom Reich der Freiheit verhalten sich zueinander wie ein Fragebogen zu einem Gedicht. Eine neue sozialistische Strategie, die die Verwirrung dieser beiden Auffassungen zur Voraussetzung hätte, wäre auf schlechtem Grund gebaut.

Zur Politik der Kampagne für Abrüstung

Egon Becker

„Eine starke Volksbewegung für Abrüstung kann weitere Schritte zu einer internationalen Friedensordnung vorbereiten. Der Friede kann erreicht werden, wenn alle Menschen guten Willens ihr Verlangen nach Abrüstung und Entspannung öffentlich bekunden und in allen Bereichen der Gesellschaft durchsetzen." (Aufruf zum Ostermarsch 1964)

Von der pazifistischen Protestaktion zur Kampagne für Abrüstung

Sicher war es kein Zufall, daß die Initiatoren der „Ostermärsche" aus den Reihen derer kamen, die von linken Sozialisten etwas gönnerhaft als „bürgerlich-ethische Pazifisten" bezeichnet werden. Der Gedanke des individuellen Protestes, gegen eine gesellschaftliche Erscheinung wie die Atomrüstung, konnte eigentlich nur dort entstehen, wo das Wissen von der Ohnmacht der Öffentlichkeit, der realen Entmachtung des Wahlvolkes, noch nicht zur theoretisch begründeten Resignation geführt hatte. Der noch ungebrochene Glaube an die Wirksamkeit „demokratischer Initiativen" und tiefe moralische Entrüstung führten zum ersten Ostermarsch. Die „Linken" standen zunächst skeptisch an der Peripherie.

Der Ostermarsch des Jahres 1960 war entsprechend eine kleine, lokal begrenzte Aktion. Im Jahr darauf schlossen sich dann eine Reihe bekannter Persönlichkeiten und mehrere Organisationen an. Die Beschränkung auf den allgemeinen Protest und das eine Ziel: Schluß mit der Atomrüstung, ermöglichte es einer Vielzahl politisch und weltanschaulich recht unterschiedlicher Personen und Gruppen, die Ostermarschbewegung zu unterstützen. Die vielzitierte „Breite der Bewegung" ist ursprünglich in deren Verengung begründet.

Sowohl im Zentralen Ausschuß als auch in den Regionalausschüssen dominieren bis heute die Vertreter pazifistischer Organisationen. Mit dem Umschlagen pazifistisch-moralischer Intentionen in eine öffentliche Protestaktion entstand eine neue Situation: Die recht handgreiflichen Widerstände bei der Vorbereitung und Durchführung der Märsche, die oft genug gehässig-entstellenden Berichte der Presse, die unsachliche Distanzierung der SPD-Führung zeigten den Verantwortlichen auf, daß das Problem der Abrüstung in engem Zusammenhang mit gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen steht. Wenn auch noch nicht klar akzentuiert, das eigentliche Problem einer Abrüstungsbewegung war ins Blickfeld geraten:

„Damit unser Protest gegen die Bombe tatsächlich zu einem Angriff auf die Bombe wird — und damit dann unsere Aktion nicht steckenbleibt im Sand der frommen Lieder, sondern politische Aktion wird, müssen wir diesen Angriff erst einmal verstehen und führen lernen als einen Angriff auf die Gesellschaft, in der man faul die Bombenpolitik akzeptiert hat."[1])

Die Forderungen nach „Konkretisierung" und „Politisierung" der Ostermarschbewegung sind nicht neu. Sie wurden auch vom Zentralen Ausschuß aufgenommen — allerdings in einem etwas anderen Sinne, als sich das „reinrassige Sozialisten" wünschten: Die Vorstellungen über Abrüstung und Entspannung wurden präzisiert, man

nahm Vorschläge über atomwaffenfreie Zonen mit ins Programm auf, forderte Verhandlungsinitiativen der Bundesregierung u. ä. In den Vordergrund traten die militärpolitischen Aspekte der Abrüstung, die ökonomischen und politischen wurden nur am Rande beachtet.
Das ständige Anwachsen der Teilnehmerzahlen und die breite Zustimmung Prominenter begannen nun die Ostermarschbewegung zum „interessanten Objekt" zu machen. In einer Analyse des Ostermarsches schrieb K. A. Winken:

„1. Die zunehmende Stärke des Ostermarsches mußte für die Anhänger der kommunistischen Politik in Deutschland zwangsläufig Anlaß für den Versuch sein, den Ostermarsch möglichst auf die politische Basis der kommunistischen Parteien hinüberzurücken.
2. Nach dem Einschwenken der SPD auf die „gemeinsame Außenpolitik"... mußte der Ostermarsch für den SPD-Vorstand mehr als bisher zum Ärgernis werden, da die Liquidation der früheren Antiatompolitik der SPD schon allein durch die Existenz des Ostermarsches den SPD-Mitgliedern bewußt und damit fragwürdig gemacht wurde.
3. Die neugegründete Deutsche Friedens-Union (DFU), die in der Sache der Atomrüstung nun den früher von der SPD vertretenen Standpunkt einnahm, mußte im Ostermarsch die Chance einer „DFU-Nebenorganisation" sehen . . .
Daß die Ostermarschbewegung all diese Probleme so zu lösen verstand, daß der Ostermarsch 1962 ohne politische Konzessionen an die eine oder andere Seite, ohne Einbuße an Unabhängigkeit und mit erheblichem Gewinn an Breite vorbereitet und durchgeführt werden konnte, spricht für die politische Konsistenz der Zielsetzung des Ostermarsches und zugleich für die politische Qualifikation der führenden Mitglieder dieser Bewegung . . . Versuche von interessierter Seite, einen Keil zwischen die „bürgerlich-pazifistischen" Kräfte und die aus der Arbeiterjugend herkommenden Kräfte im Ostermarsch zu treiben . . ., scheiterten ebenso wie andererseits der Versuch, die Sozialisten beim Ostermarsch zugunsten der neuen SPD-Politik aus ihrer Aktivität bei dieser unabhängigen Bewegung zurückzuzwingen."[2])

Die Reaktionen der „Öffentlichkeit"

Glaubt man den Organisatoren der Märsche, dann ist im Jahr 1963 der „Durchbruch in die Öffentlichkeit" gelungen.
„Der Ostermarsch 1963 in der Bundesrepublik war ein großer Erfolg. Nicht nur, weil die Zahl der Marschteilnehmer und Kundgebungsteilnehmer erheblich angestiegen ist; der Ostermarschbewegung ist in diesem Jahre in unserem Lande auch politisch ein Durchbruch gelungen, der manch einem bis vor kurzem noch unvorstellbar schien."[3])
Man würde wohl besser sagen: im Jahre 1963 bekam der Ostermarsch (der Marsch!) eine unerwartete Publizität — seine politischen Ziele blieben jedoch weitgehend unbekannt.
Die reale Entwicklung des Ostermarsches spiegelt sich gebrochen und verzerrt in den Reaktionen der Presse wider. In der ersten Phase der Bewegung — der individuell-pazifistischen Protestaktion — kam man mit verniedlichenden Bemerkungen und schulterklopfendem Bedauern aus — wenn man durch Schweigen nicht das Unbedeutende der Aktion demonstrieren wollte.
Zusammen mit dem Anwachsen der Märsche griffen die schreibenden Apologeten des status quo der Unvernunft zum bewährten Mittel der Diffamierung. Das sattsam bekannte, glänzend beherrschte Repertoire der Verunglimpfungsmethoden ersetzte die Auseinandersetzung mit den politischen Vorstellungen der Kampagne für Abrüstung. Gleichzeitig begannen jedoch mehrere große Zeitungen (z. B. Frankfurter Rundschau), die Ostermarsch-Aktionen wohlwollend zu kommentieren.
In diesem Jahr trat ein neues Moment auf: der Versuch, das „pazifistische Grundanliegen" vor der politischen Konkretisierung zu „retten". Angeregt, finanziert, propagiert und vertrieben von der SPD und ihren Hilfsorganisationen wurde mit einer „Ostermarschbetrachtungen" genannten Broschüre der, sehr nervös wirkende, Versuch gemacht, die „ach so braven" Pazifisten gegen die „ach so kommunistenfreundlichen bösen" Linken auszuspielen — um so den Ostermarsch zu paralysieren.[4]) Der Versuch schlug ins Gegenteil um: Er zeigte den Anhängern der Ostermarschbewegung und den am Rande mit ihr Sympathisierenden die Schwäche der gegnerischen Positionen auf. Das teure Unternehmen der „Ostermarsch-Betrachtungen" machte aber deutlich, daß zumindest die Führung der SPD die Gefahr erkannt hat, die ihr von der Kampagne für Abrüstung droht; es sollte der Kampagne klar geworden sein, worin ihre Chance liegt, den Angriff gegen die Politik mit der Bombe wirkungsvoll vorzutragen: in der weiteren Politisierung.

Politisierung des Ostermarsches — aber wie?

Natürlich hat Edgar Weick prinzipiell recht, wenn er schreibt: „Eine Politisierung der Abrüstungsbewegung muß daher das politische Problem der Entspannung, die Interessengegensätze der sozialen Klassen und den Gegensatz zwischen Ost und West mit einbeziehen."[5])

Doch mir scheint, er verfehlt das eigentliche Problem dadurch, daß er in recht scholastischer Manier Forderungen an die Kampagne stellt. Seine Kritik geht von der Struktur der Öffentlichkeit aus — und vernachlässigt die Struktur der Ostermarschbewegung. Seine Forderungen nach Erweiterung der Zielsetzung sind objektiv sektiererisch — denn sie sind von der Methode des „alles oder nichts" nicht weit entfernt — und berücksichtigen nicht, daß es im Augenblick darauf ankommt, sich mit all denen, die ehrlich die Forderungen nach Abrüstung unterstützen, auf be-

stimmte, vordringliche und breit akzeptable Programmpunkte zu einigen.

Vor allem kommt es weniger darauf an, die „Spitze" zu „richtigen politischen Aussagen" zu bringen, sondern es gilt, den Marschteilnehmern und intellektuellen Unterzeichnern der Aufrufe die gesamte Problematik der Abrüstung bewußt zu machen und ihre Verknüpfung mit der Struktur der Gesellschaft aufzuzeigen. Würde etwa der Zentrale Ausschuß Edgar Weicks Thesen übernehmen, so könnte dies das Ende der Kampagne bedeuten. Die oft aufgestellte Behauptung, der Ostermarsch sei nichts weiter als eine ideelle Verbindung Tausender von Individualisten, scheint mir nicht richtig zu sein. Die Träger der Bewegung, der organisatorische und organisierende Kern, sind Verbände — oder Einzelpersönlichkeiten, die als Vertreter von Organisationen in der Kampagne mitarbeiten. Ihre politischen Ziele sind auf einem Teilgebiet identisch. Innerhalb dieser partiellen Identität bewegen sich die offiziellen politischen Vorstellungen der Ostermarschbewegung.

Der Zentrale Ausschuß repräsentiert nun aber keineswegs die Teilnehmer an den Märschen. Das Ostermarsch-Fußvolk marschiert aus unterschiedlichen Motiven. Das Motiv: „Ich kann nicht anders: ich werde mir ein Pappschild vor den Bauch binden . . . und mir etwas reines Gewissen dafür einhandeln, wenn auf dem Pappschild steht: Unruhe ist die erste Bürgerpflicht . . ." ist nicht das seltenste.

Der Protest gegen die Bombe hat sich bei den meisten Ostermarsch-Teilnehmern mit einem „allgemeinen gesellschaftlichen Unbehagen" verbunden. Die Voraussetzungen für eine Transformation der Kampagne für Abrüstung in eine Bewegung, welche das Problem der Abrüstung in den Zusammenhang größerer gesellschaftlicher Kämpfe einordnet, sind also latent vorhanden.

Jedoch: die Gefahr politischer Selbstbefriedigung läßt sich nicht übersehen. Die Reden der Kundgebungssprecher beim Ostermarsch 1964 sind oft genug eine einzige Lobeshymne auf die Marschteilnehmer. Die Gefahr, daß der Ostermarsch politisch ungefährlich wird — und so als demokratischer Dekor einer undemokratischen Gesellschaft dient, besteht ebenfalls, wenn auch die Kampagne fast alle Voraussetzungen für eine politische Bewegung erfüllt.

Es kommt darauf an, den Ostermarsch von „innen heraus" zu politisieren. Den Sozialisten in der Kampagne fällt hierbei eine bedeutende Aufgabe zu: Sie haben das unartikulierte Unbehagen an der Gesellschaft zu artikulieren, die gesellschaftlichen Gründe des Unbehagens bewußt zu machen.

In den Aktionen selbst müssen die realen gesellschaftlichen Schwierigkeiten der Abrüstung aufgezeigt werden. Das hat nur dann Erfolg, wenn sich die „überzeugten Sozialisten" nicht in dem Schmollwinkel der „richtigen Theorie" zurückziehen, sondern aktiv bei der Vorbereitung und Durchführung der Aktionen beteiligt sind. Die theoretischen Vorstellungen der Verantwortlichen lassen sich nur durch praktische Mitarbeit verändern, nicht durch klug-abstrakte Kritik — sondern durch Reflexion der praktischen Erfahrungen, der Reaktion der Presse usf., an den Vorstellungen „jener Pluralisten, die noch an ein freies Spiel der Kräfte auf dem Markt der Öffentlichkeit glauben".

[1] Christian Geißler, „Der Protest muß zum Angriff werden". Rede auf der Ostermarschkundgebung auf dem Frankfurter Römer 1962 (nach Blätter f. deutsche u. intern. Politik 7, 1962, Seite 368).
[2] K. A. Winken, „Ostermarsch der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik". In: Studien von Zeitfragen — Materialien zum nonkonformistischen Sozialismus, Heft 2 (1963).
[3] Arno Klönne, „Ein Marsch der Vernunft" in Blätter f. deutsche u. intern. Politik 8 (1963), Seite 353.
[4] Robert Jenke (Pseudonym) „Ostermarschbetrachtungen" Brükkenbauer-Verlag, Köln-Riehl.
Die Broschüre ist beim Verlag vergriffen, aber sicher bei einigen Geschäftsstellen der SPD noch zu erhalten.
[5] Edgar Weick, „Ostermarsch und Politik" Neue Kritik (21/1964).

Wir suchen einen hauptamtlichen Geschäftsführer für die

**KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG —
OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER**

Von ihm erwarten wir: organisatorische Fähigkeiten, Interesse für die Aufgaben der Kampagne und Selbständigkeit in der Arbeit. Englischkenntnisse sind erwünscht.

Wir denken an einen Mann etwa zwischen 25 und 35 Jahren, der bereit ist, seine berufliche Tätigkeit für einige Zeit zu unterbrechen, um diese verantwortungsvolle und interessante Aufgabe zu übernehmen.

Bewerbungen mit einem ausführlichen handschriftlichen Lebenslauf mit einem Bild und Gehaltswünschen bitten wir an die
Kampagne für Abrüstung c/o Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5, zu richten.

Leserbrief

Ostermarsch und Sozialisten

Es gibt eine Art sozialistischer Kritik, die verärgert und die sich um ihre Wirkung bringt, weil sie — gleich zu welchem Thema — in immergleichen Begriffen Unmögliches fordert. Dieser Art ist der Ostermarsch-Artikel in der nk 21. Seine Implikationen sind ungerecht, seine analytischen Ansätze naiv, seine Forderungen abstrakt.

Die gläubige Übernahme Habermas'scher Formeln besagt noch nichts über die Richtigkeit der analytischen Versuche. Bevor man so apodiktisch die Restaurierung einer „Öffentlichkeit als kritische Instanz" fordert, sollte man erst prüfen, ob das in unserer Gesellschaft möglich ist; ob man nicht vielmehr selbst einer — dem Ostermarsch als Weltfremdheit apostrophierten — frühbürgerlichen Demokratie-Vorstellung aufsitzt. Impliziert diese Forderung nicht eine

transparente Gesellschaft im Stile der frühkapitalistischen des 18. Jahrhunderts und eben jenen Glauben an die Möglichkeit rationaler individueller Einsicht und Aufklärung, den man dem Ostermarsch als naiven Kinderglauben an die Meinungsbildung von unten nach oben vorwirft? Man sollte bedenken, daß die Forderung von Habermas zur Wiederherstellung der echt kritischen Öffentlichkeit als wirksamer Kontrollinstanz politischen und gesellschaftlichen Lebens eine Fundamentaldemokratisierung meint, die den Rahmen der aktuellen Gesellschaft sprengt und damit schlicht und einfach eine gesellschaftliche Revolution bedeutet, deren Durchführung man nicht so leichthin dem Ostermarsch als Aufgabe stellen kann. Kritische Öffentlichkeit im Sinne autonomer Rationalität kann nicht partiell in einer repressiven und verdinglichten Gesellschaft errichtet werden.

Es läßt sich gewiß diskutieren, ob der Ostermarsch optimal wirkt. Mit gutem Recht entdeckt man romantische Züge und bezweifelt die politische Wirksamkeit von Strontium-Songs. Die Aufforderung zu Reflexion und Fortschritt und der Hinweis auf die Gefahr der Stagnation sind berechtigt.

Kann man aber ein fehlendes Programm, mangelnde Analyse und vernachlässigte Wirkungsmöglichkeiten ersetzen durch gehätschelte sozialistische Maximen? „Begriffe an realen Verhältnissen messen", „realistische Strategie ausarbeiten", „breitangelegte Aufklärung und Agitation treiben", „die Arbeiter an ihren unmittelbaren Interessen packen", „Interessengegensätze aufzeigen" — alle diese Slogans sind jedem Sozialisten so vertraut wie der Katechismus dem Theologen. Jede programmatische Erklärung greift auf sie zurück, ohne sie deshalb sinnvoll zu konkretisieren.

Man wird den Eindruck nicht los, daß bei diesem Ostermarsch-Artikel klassische Projektionsmechanismen wirksam waren: man fordert, was der SDS nicht sein kann: die „Ersatzpartei". So mißt man den Ostermarsch an konventioneller Parteiauffassung.

Berechtigte Kritik erhält ihr Gewicht erst, wenn sie nicht wiederkäut, sondern Perspektiven öffnet. Kritik und Vorschläge sollten den Möglichkeiten kommensurabel sein. („Breitangelegte, umfassende Aufklärung" treiben, ist ein unsinniges Postulat, wenn man um die Nicht-Möglichkeiten des Ostermarsches, an den Massenmedien zu kommunizieren, weiß.) Es muß präzise erläutert werden, w i e die Publizität zu erreichen ist, w e l c h e s die „Interessen der Arbeiter" sind, w o die Analyse ansetzen muß und w e l c h e s die „richtige" Strategie ist.

Solange das nicht möglich ist, sollte man sich bescheiden, dem Ostermarsch die Arbeit zu erleichtern: Abrüstungs-Bibliographien, ökonomische Teilanalysen, Material über Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Abrüstung, Prüfung aller Möglichkeiten der Publizität — sind sicherlich wertvoller als globale Forderungen.

Ursula Schmiederer, Marburg

Religionssoziologie heute

„Religionssoziologie". Herausgegeben und eingeleitet von Friedrich Fürstenberg (Soziologische Texte, Bd. 19, Luchterhand Verlag, Neuwied, 1964)

Wer auf dem Heidelberger Soziologentag den zähflüssigen und spannungslosen Verhandlungen im Fachausschuß für Religionssoziologie zugehört hat, wird von dieser Disziplin kaum umwerfende Ideen erwarten. Das hilflose Lavieren zwischen Weber-Philologie, thematisch völlig deplacierten Disputen und einigen vagen Vorschlägen zur Verbreiterung der Weberschen Themenstellung konnte den Eindruck erwecken, als seien die großen Tage der Religionssoziologie vorbei. Ihre gegenwärtige unerfreuliche Situation hängt zusammen mit der Schwierigkeit der wissenschaftlichen Analyse von Religion überhaupt und mit der zunehmenden sozialen Integrierung und Departementalisierung der Soziologie. Die mit Namen wie Holbach, Helvétius, Feuerbach und Marx bezeichnete Kritik der Religion, die zuerst in größerem Rahmen himmlische Phänomene auf irdisch-gesellschaftliche bezog, intendierte eine Veränderung der Welt, war aber weder an Lehrstühlen noch staatlicher Anerkennung sonderlich interessiert. Sie dachte nicht daran, die Radikalität ihrer Theorien gesellschaftlichen oder politischen Rücksichten zu opfern. Die erst später auftretende Religionssoziologie dagegen war von Anfang an auf Demonstration ihrer bürgerlichen Wohlanständigkeit bedacht: Sie wollte es nicht mehr mit dem „Wesen" der Religion zu tun haben (Weber), sondern sich hauptsächlich auf die sozialen Auswirkungen des Religiösen beschränken (Troeltsch). Eine gewisse Popularität erlangte diese Richtung besonders durch Webers Studie über den Zusammenhang von protestantischer Ethik und kapitalistischem Geist, in der die puritanische rationale Lebensführung wenn nicht als einzige, so doch als eine der Ursachen für die Entwicklung einer kapitalistischen Erwerbsgesinnung und Wirtschaftsform dargestellt wurde. Die Gegner des „Marxismus" (der sich um die Jahrhundertwende fast nur als Vulgärmaterialismus manifestierte) frohlockten: Das Schema von Unter- und Überbau schien erschüttert; so schockierend auch ein Begriff wie Religionssoziologie auf fromme Seelen wirken mochte: die neue Disziplin hatte keine subversiven Ideen entwickelt, sondern die Macht des religiösen Geistes nachgewiesen, in dem damals noch mancher einen Schutz der bestehenden Gesellschaftsordnung sah. Der gesellschaftlichen Anerkennung der Religionssoziologie stand nichts im Wege. Die Entwicklung zur honetten Bindestrichsoziologie, die völlig außerhalb des Weberschen Interesses gelegen hatte, war nicht mehr aufzuhalten und führte schließlich zu einigen Versuchen umfassender Systematisierungen (Wach, Mensching).

Die vorliegende Textauswahl gibt einen Überblick über die Entwicklung und Breite der religionssoziologischen Fragestellung. Außer den schon genannten Weber und

Troeltsch treten an bekannteren Namen Durkheim und Malinowski auf. Mit Verwunderung registriert man, daß sowohl Bergson als auch Feuerbach, Marx und Freud mit ihrer in der aufklärerischen Tradition stehenden Religionskritik fehlen. Der Band enthält nach einer Einleitung des Herausgebers im zweiten Kapitel „Soziologische Theorien der Religion" von Durkheim, Malinowski und Yinger, besonders unter dem Gesichtspunkt der sozialen Integration. Dann folgen „Soziologische Aspekte der Religiosität und Kirchlichkeit": Das berühmte Kapitel „Soziale Schichtung und Religiosität" aus Webers Hauptwerk, eine religionsstatistische Studie von Oettingens sowie ein Beitrag des zeitgenössischen Franzosen Le Bras. „Religiöse Institutionen und Gruppen" behandelt Kapitel IV. Das letzte Kapitel ist dem Thema „Religion und Gesellschaft" gewidmet, worunter Troeltschs „Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der modernen Welt", Webers Protestantismusaufsatz und eine neuere Studie über Religion und gesellschaftliche Entwicklung zusammengefaßt sind.

Es kennzeichnet die gegenwärtige Lage der Religionssoziologie, wenn das Kapitel über religiöse Institutionen und Gruppen die meisten Beiträge enthält. Die Religionssoziologie ist weithin zur Pfarrsoziologie, d. h. zur bloßen Hilfswissenschaft für Kirche und Theologie geworden, die unter Verzicht auf gesamtgesellschaftlich relevante Forschungsthemen sowie auf die peinliche Frage nach dem Ursprung der Religion sich mit kirchenpolitisch interessanten Fragestellungen begnügt. So verwendet Fichter in seiner Untersuchung der „Rollen des Pfarrgeistlichen in der Gesellschaft" zwar die Technik der besonders von der amerikanischen Soziologie ausgearbeiteten Rollenanalyse, behandelt aber nicht alle, sondern nur die theologisch normierten Erwartungen, die sich an die Rolle des Pfarrers knüpfen. So sehr der Herausgeber in seiner Einleitung die Unabhängigkeit der Religionssoziologie von Kirche und Theologie fordert, so relativiert er diese Forderung doch wieder in seinem Beitrag über „Kirchenform und Gesellschaftsstruktur": „Wir müssen erst durch Offenheit die Sachverhalte erfassen, ehe wir uns auf unserer Bekenntnisgrundlage zur Stellungnahme entscheiden." (250) Das heißt doch wohl, daß auf eine neutrale, positivistische Faktenreproduktion eine irrationale, bekenntnismäßige Entscheidung folgen soll. Die Religionssoziologie soll auf die Kritik ihres Gegenstandes verzichten und wird dadurch indirekt wieder zur Hilfswissenschaft. Dieses Schicksal bleibt wohl keiner Bindestrichsoziologie erspart, die sich voll Stolz auf eigenen Gegenstand und eigene Methoden von der Theorie der Gesellschaft emanzipieren will. Fürstenbergs Stellung zu dieser Frage ist ambivalent. Einerseits beklagt er, daß durch den Nationalsozialismus die Religionssoziologie in Deutschland nicht wie in anderen Ländern „zur Reife einer eigenständigen Wissenschaft" geführt worden sei (21), andererseits fordert er „direkte Verbindung zur allgemeinen Soziologie" (30).

Die wesentlichen Beiträge des Bandes stammen fast alle von Autoren, die lange tot sind, wie Durkheim, Weber und Troeltsch. Durkheim jedoch, der Gott auf Gesellschaftliches reduzierte und so beide identifizierte, ist in der modernen Religionssoziologie nicht gerade beliebt, die sich lediglich mit den „Wechselbeziehungen zwischen Religion und Gesellschaft" (13) befassen will. Der Fehler dieser Konzeption liegt darin, daß sie Religion und Gesellschaft als zwei gleichsam autonome Entitäten konfrontiert, die „Beziehungen" unterhalten. Stillschweigende Voraussetzung ist dabei, daß Religion in ihrem Kern etwas Außergesellschaftliches, Individuelles sei. Solange Religionssoziologie solcherart die Religion im Grunde nicht als Problem, sondern als Datum auffaßt, wird sie sich nicht aus der Trivialität ihrer Forschungen lösen. Durkheim dagegen hat schon vor 50 Jahren gezeigt, wie Religion und Gesellschaft durcheinander vermittelt und konstituiert sind: die numinose Macht, welche die Menschen in ihrer Religion anbeten, ist keine Illusion, sondern Symbol der Herrschaft, des Kollektivs über das Individuum. Andererseits sind gerade diese dauernd reproduziert durch die rituelle Verehrung des Heiligen, d. h. also der Gesellschaft. Religion ist der Kitt der sozialen Solidarität. Es wäre zu prüfen, wieweit dieser Ansatz heute noch fruchtbar sein könnte.

Es ist anzunehmen, daß der Herausgeber, der prekären Situation seiner Wissenschaft eingedenk, dem Leser die interessantesten Stücke aus der zeitgenössischen religionssoziologischen Forschung präsentiert. Dennoch ist das Ergebnis bescheiden.

Gabriel Le Bras z. B. referiert „Maßstäbe für die soziale Vitalität des Katholizismus in Frankreich". Er argumentiert nicht unter Bezug auf eine gesellschaftliche Totalität, die sich ihm nur als „Probleme des Raumes, der Sozialstruktur und der Zeit" (198) darstellt. Über Soziographie gelangt er kaum hinaus. Gipfelpunkt seiner Erkenntnisse bleibt ein Satz wie: „Alle Untersuchungen zeigen, daß die Gesellschaft ein wesentlicher Faktor für den Zustand der Religion ist." (202) — Die Langweiligkeit der meisten neueren religionssoziologischen Arbeiten rührt vermutlich daher, daß die wirklich interessanten Themen völlig vernachlässigt werden. Als Beispiel einer aktuellen Forschung sei hier nur Schelskys Aufsatz „Ist die Dauerreflektion institutionalisierbar? Zum Thema einer modernen Religionssoziologie" (Zeitschrift für evangelische Ethik, Jg. I, 1957) genannt, der leider im vorliegenden Band nicht abgedruckt ist. Schelsky geht darin den Anpassungstendenzen des protestantischen Glaubens, d. h. der Theologie, an die veränderten, weithin rationalisierten gesellschaftlichen Strukturen nach. Die Aporie von religiöser Irrationalität und gesellschaftlicher Rationalität, die eigentlich im Mittelpunkt der modernen Religionssoziologie stehen müßte, wird dagegen in Fürstenbergs Auswahl nicht explizit behandelt.

Hatte Marx seinerzeit geglaubt, die Religionskritik sei abgeschlossen und die Religion zum baldigen Absterben verurteilt, so hat die Entwicklung ihm nicht recht gegeben. Mag

Gott auch tot sein, so ist die Religion doch sehr lebendig: Wohl ist die meßbare „Kirchlichkeit" der Bevölkerung zurückgegangen, aber das Überleben und die gesellschaftliche Bedeutung vor religiösen wie pseudoreligiösen (moderner Aberglaube!) Bewußtseinsinhalten und Handlungsmotiven sind unbestreitbar. Um aber die Funktion des Religiösen in der heutigen Gesellschaft zu analysieren, muß man weit hinausgehen über seine kirchlichen Manifestationen, an die sich die zünftigen Studien heften. Durch Spezialanalysen, seien sie nun stärker theoretisch oder empirisch orientiert, müßte sich etwas ausmachen lassen über das Verhältnis von Religion und Politik (was auch Fürstenberg vorschlägt), über die Rolle der konkurrierenden Religionen in den Entwicklungsländern (Ansätze dazu in dem wegen seiner unbeholfenen Übersetzung schwer lesbaren Beitrag von Desroche: „Religion und gesellschaftliche Entwicklung"). Welche Bedeutung hat etwa die zu beobachtende Entwicklung des Islam zur Staatsreligion Algeriens, eines sozialistischen Landes? Welche Glaubensgehalte bleiben in der nichtinstitutionalisierten Religion unserer Zeit lebendig, und welche Folgen haben sie für das soziale Handeln der Menschen? Was bedeutet religiöser Glaube den Menschen heute, was nutzt er ihnen — im weitesten Sinne des Wortes? Welchen religiösen Gehalt haben „Schwarze Muslim" und „Moralische Aufrüstung"? Warum schreit nach der Rettung einiger verschütteter Bergleute ein deutsches Millionenblatt: „Gott hat mitgeholfen"? Es wird deutlich, wie religiöse sich hier mit ideologischen Momenten durchdringen. — Bei all diesen Fragen läßt sich mit stumpfsinniger Korrelation „religiöser" und „politischer", „ökonomischer" und „sozialer" Variablen kaum etwas erreichen. Auch die quantitative Feststellung der „Frommen", „Konformisten", „Kirchenfremden" etc. wäre viel zu grob. Ein so vielschichtiges und wenig konturiertes Phänomen wie die Religion bedarf der differenziertesten Forschungsmethoden. Qualitative Analysen und Tiefeninterviews könnten eine Rolle spielen. Mit Recht schreibt Fürstenberg der Religionssoziologie eine ideologiekritische Aufgabe zu, wenn er diese auch wohl auf die Prüfung theologischer Begriffssysteme begrenzen will. Gerade im Verlaufe der zunehmenden Rationalisierung gesellschaftlicher Beziehungen einerseits, der Isolierung und Privatisierung der Religion andererseits kann sich heute eine religiös bestimmte Irrationalität entwickeln, die sich der öffentlichen Diskussion entzieht und doch in ihren ideologischen Reflexen gesellschaftlich wirksam wird. Diese Bewußtseinsphänomene samt ihren gesellschaftlichen Substraten zu untersuchen, wäre eine legitime und dringliche Aufgabe. Ideologiekritik kann der Religionssoziologie indessen nur gelingen, wenn sie weniger nach wissenschaftlicher Selbständigkeit und Systematisierung ihrer Ergebnisse strebt als vielmehr sich an einer kritischen Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung orientiert. Einer Wissenschaft sollte prinzipiell nichts „heilig", d. h. der Reflexion entzogen sein.

Jürgen Brockmann

„Der unvollendete Satz"

„Der unvollendete Satz" S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M., 1962, 989 Seiten, 28,— DM.

Das Buch — „Der unvollendete Satz" — des ungarischen Schriftstellers Tibor Déry scheint mir aus zwei Gründen, die ich herausgreifen möchte, wichtig.

Die eine Darstellung beleuchtet die Struktur der antagonistischen Gesellschaft in einem Streik. Kommunisten organisieren diesen Streik in einem metallverarbeitenden Konzern. Er gilt der Erhaltung der Arbeitsplätze. Die Bürgerlichen spielen den Kommunisten Geld zu, um den Streik zu ermöglichen. Die sogenannte legitime Reaktion ist dann die Aussperrung: die nötige Zahl der Arbeiter wird entlassen, um die Verringerung der Kapazität zu erreichen. Der Streik, die schwere Waffe der Arbeiter, wird durch ausgekochte Strategie zum Instrument der Kapitalisten. Wir erfahren dieses Ergebnis in umgekehrter Folge, zuerst das Organisieren des Streiks, alsdann das Resultat für die Arbeiter, zuletzt erst den Zweck, den die Unternehmer mit dem Streik anstrebten und erreichten.

Ein zweites Moment, das Tibor Déry herausstellt und welches mir wichtig scheint, ist die Unmöglichkeit der Verständigung von Menschen verschiedener Klassen. Es steht der „Bürgerliche" Lorinc Parcen Nagy dem Sohn Peter aus der Proletarierfamilie Rosza gegenüber. — Peter: „Ich will wissen, warum ich bei Ihnen wohnen mußte." — Lorinc: „Ich wollte Sie bei mir haben, weil ich Sie persönlich sympathisch finde, und nicht weil ich mit Ihrer Klasse sympathisiere." — Peter: „Das kommt auf das gleiche raus, das ist ein und dasselbe." Für Peter ist Lorinc ein Sympathisant der Arbeiterklasse: er zieht in eine Arbeitermietskaserne, ein konsequentes Verhalten. Was arbeiten bedeutet, kann Lorinc nicht nachempfinden. Entfremdung im Arbeitsprozeß hat er nicht erfahren, doch wäre diese Erfahrung nötig, um die Arbeiterklasse zu verstehen; das Bürgertum begreift nur das Produkt der Arbeit, nicht aber das Arbeiten selbst. Peter äußert, während sein Blick auf eine Eisbahn mit Schlittschuhläufern fiel: — „Die amüsieren sich, während andere arbeiten." (Er meint Arbeitende an einem Schneepflug.) Lorinc dazu aus seinem Tagebuch: „Wie aber hätte ich ihm erklären sollen, daß — und warum! — dieses Vergnügen in gewisser Hinsicht armseliger sein kann als jene Arbeit?"

Doch Lorinc ist im Bürgertum nicht mehr zu Hause. Als Bürger hat er gelernt, mit Begriffen umzugehen, auch erkennt er, wo die Fragen liegen; so glaubt er, der Arbeiter habe sich ihm erst einmal zu nähern, damit dieser die Sprache erlerne, wenn er in das gleiche Haus ziehe, wo dieser wohnt. Deutlich wird dies in dem Nachsinnen über eine Landschaft (einem bloßen Anblick), das sich zu einer Liebe entfaltet; gegen eine solche Gefühlsregung wehrt sich das Proletariat. Mitleid kann es nicht brauchen; manches individuelle Entgegenkommen wird nur als solches gewer-

tet, woraus Déry das Entstehen von Vorurteilen bei dem Proletariat aufzeigt.
Georg Lukács meinte, „Der unvollendete Satz" sei das größte epische Werk der ungarischen Sprache. Der Roman sei in der gleichen Weise wie Prousts „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit" geschrieben.
Der Vergleich ist nicht von der Hand zu weisen. Doch besteht ein grundlegender Unterschied darin, was wieder erlangt werden soll. Proust sucht eine Zeit, in der ihn seine Umgebung ungestört leben und erleben läßt. Déry möchte die versöhnte Gesellschaft erfahren, er beschreibt dazu die Resultate, die sich in seiner Zeit herausgebildet haben, die antagonistische Gesellschaft, und, Lorinc nun versucht sich mit den Arbeitern zu versöhnen; dieser Akt bleibt unvollendet, der Satz kann nicht zu Ende geschrieben werden.
Lorinc Parcen Nagy ist zugleich Dérys eigenes Problem. Tibor Déry kommt aus reicher Familie. Er ist beschämt über die Vorteile seiner Klasse, die er genießt. Er wendet sich dem Proletariat, später der Organisation dieser Klasse zu. 1918 organisiert er in der Fabrik seines Onkels einen Streik. Nach dem Scheitern der ungarischen Räterepublik emigriert er. Nach 1945 tritt er wieder in Ungarn hervor, zieht sich, als das Einparteiensystem kreiert wird, zurück, nach dem Aufstand von 1956 wurde er verurteilt, weil seine Schriften nicht in das System paßten; heute ist er rehabilitiert.
Der 1949 veröffentlichte „Unvollendete Satz" beschreibt die Zeit von 1933 bis 1936, die Zeit, in der er auch geschrieben wurde. Déry sah nicht die Möglichkeit, auf welchem Weg sich der Sozialismus in seinem Lande durchsetzen könnte. Dies zeichnet sich in der Darstellung Lorincs ab. Er wird zum Advokat der Arbeiter.
In seinem Urteil über das Buch übersah Lukács die Darstellung der Schwierigkeit, die bei der Überwindung der antagonistischen Gesellschaft auftritt. Das Proletariat nimmt in seiner klassenmäßig bedingten, gleichsam „natürlichen" Abwehr seinen Standort wahr. Vor diesem Kampf um das bloße Leben, der den Streik hervorruft, steht Lorinc machtlos. Er findet keinen Weg zur Verständigung mit der Arbeiterklasse. Das Verhalten der Arbeiter ist feindselig, doch entspringt dies nicht nur ihrer Bedrohtheit. Déry zeigt, daß die Arbeiter potentiell, im gleichen Maß wie die Bürgerlichen, nur zu ihrem Recht bereit sind. Durch die umgekehrte Beschreibung des Agierens der Personen werden die Vorurteile des Lesers abgebaut. Der Lesende erkennt die Notwendigkeit der Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft, doch begreift er auch, daß dadurch alleine nicht die Bedrohung durch den jeweiligen Gegner behoben ist.

Thomas Mitscherlich

Zeitschriftenhinweise

Über „Bildungsforschung und Bildungspolitik" schreibt Hellmut Becker im Maiheft des „Merkur". Becker, der seit einem Jahr das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung leitet, fordert eine interdisziplinäre, prognostische Bildungsforschung, denn „wir bilden den Menschen von heute mit Mitteln, die schon für den Menschen von gestern unangemessen waren", und „ziehen in unserem Bildungswesen häufig den Dirigismus des Zufalls einer Planung vor, die der Freiheit dienen soll". „Die Neue Gesellschaft" bringt in Nr. 3/64 einen Aufsatz von Hans Paul Bahrdt, „Wissenschaft und Politik", der den Verflechtungen beider Bereiche mehr auf der subjektiven Ebene nachgeht. Kontakte zwischen ihren Vertretern seien notwendig. Viele Wissenschaftler hätten heute trotz bürgerlicher Kinderstube Sympathien für eine rationale Planung nicht nur des Bildungswesens, sie erwarteten daher von der SPD, daß sie stärker als jetzt „sozialistisches Erbe in modernisierter Form ins politische Spiel bringt". Die „Gewerkschaftlichen Monatshefte" 5/64 sind Bildungsfragen gewidmet. „Das Argument" Nr. 29 publiziert „Zur Psychoanalyse der Schule als Institution" von Peter Fürstenau und eine Literaturübersicht von Wilfried Gottschalch, „Kind und Familie heute". Einen Teil nationalsozialistischer Hochschulpolitik deckt ein materialreicher Artikel von Hellmut Geier in den „Vierteljahresheften für Zeitgeschichte" 2/64 auf: „Der Rektor als Führer".
Das in Wien erscheinende „Forum" gibt nach kurzer gewundener Vorrede Georg Lukács das Wort über Probleme der kulturellen Koexistenz" (April- und Mai-Nummer). „Probleme der Kultur" werden wegen durch erhöhte Produktivität wachsende Freizeit immer wichtiger. „Es kommt ... darauf an, welches ökonomische System den Menschen ein gehaltreicheres und sinnvolleres Leben zu garantieren imstande ist." Stalin und seine Erben hinderten die sozialistischen Länder daran, der kapitalistischen „Manipulierung der Muße" etwas Besseres entgegenzuhalten. „Die neuen Tatsachen des Lebens können nur durch die Wiedergeburt der Marxschen Methode, durch eine unbefangene Neubetrachtung auf dieser Grundlage entziffert werden, nicht durch ein unkritisches Einbauen unkritischer bürgerlicher Reflexe der neuen Entwicklung in die — dem Wesen nach — unverändert gebliebene Stalinsche Methode." — Von der Manipulierung der Muße und dem sekundären System der Bildspeier, Reizquellen und Informationssammler handelt ein Essay von Günther Anders in „Merkur" 3 und 4/64: „Der sanfte Terror des Konformismus". Anders definiert Unterhaltung als „Tendenzkunst der Macht", spricht vom „Totalitarismus der Lust", von der „Wandlosigkeit", die alle Unterscheidungen

zergehen läßt, dem „Verschiebungsmechanismus", der Mord als Arbeit und Arbeit als Freizeit ausgibt, und scheut sich auch nicht vor der ontologischen Kategorie des „In-der-werbenden-Welt-Seins". Mit dem „Feststellen" charakteristischer Züge unseres Gesellschaftssystems ist die Gefahr seiner Mythisierung verbunden, wie bei Anders ersichtlich. Anders' Definitionen sind originell, haben aber etwas Definitives, das sie zu Metaphern der Resignation macht. Die gesellschaftskritische Analyse schrumpft dann auf Sätze ein wie: „Vieles scheint dafür zu sprechen, daß wir die Opfer eines Monstrums sind, das selbst das Opfer seines eigenen Bestandes und Fortbestandes ist." Ähnliches kann man auf der konservativen Seite bei Wilhelm Emrich beobachten — „Kritisches und mythisch dirigiertes Bewußtsein", „Neue deutsche Hefte", Nr. 98. Arnold Gehlen führt dieses resignative Räsonieren und Moralisieren der Intellektuellen auf den immer schnelleren „Weltverkehr des Bewußtseins" bei immer geringeren Handlungschancen für den einzelnen zurück. Sein Vortrag vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU über „Das Engagement der Intellektuellen gegenüber dem Staat" ist in „Merkur" 5/64 veröffentlicht. Gehlen versucht im übrigen, mit Hilfe der Weberschen Trennung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik einigen alten Invektiven gegen die machtlosen Intellektuellen zu neuem Glanz zu verhelfen. Er verrät sich, wenn er sagt, daß die „allgemein-menschlich-philanthropische Ethik" der Intellektuellen (qua Publizisten und engagierte Schriftsteller) „leicht zu einer Angriffswaffe gegen das Bestehende entartet".

Die Mainummer von „partisans" (Paris) enthält Artikel zur südamerikanischen Situation, u. a. von Eduardo Galeano „L'alliance pour le progrès. Contribution à une notice nékrologique" und „L'Amérique latine accuse" von Carlos Fuentes. Mit „Brasiliens Dilemma", das er vornehmlich in der „Gleichzeitigkeit der staatlichen Vorhaben in Industrie und Landwirtschaft" sieht, beschäftigt sich Friedrich-Werner Möllenkamp in den „Frankfurter Heften" 5/64. Eine Zusammenstellung von Kommentaren zum reaktionären „Umsturz in Brasilien" bringt Heft 9/I des „express international". — Das französische Comité Anti-Apartheid zeichnet verantwortlich für eine „Brève histoire de la spoliation des terres et de l'exploitation du travail en Afrique du Sud" in „Les Temps modernes" 5/64.

Ein interessantes Dokument der innerparteilichen „syndikalistischen" Kritik an Lenins und Trotzkis Kurs, die Anfang 1921 in der Sowjetunion verbreitete Broschüre „Die Arbeiter-Opposition" von Alexandra Kollontaï, ist in Nr. 35 von „Socialisme ou Barbarie" (Paris-15e, 16, rue Henri-Bocquillon) mit ausführlichen historischen Anmerkungen abgedruckt. Heftige Polemik gegen bürokratisches Spezialistentum, vergebliches Plädoyer für kollektive Leitung der Industriebetriebe und die „schöpferische Initiative" der Massen: „In einer Arbeiterrepublik spielt die Entwicklung der Produktivkräfte durch die Technik eine sekundäre Rolle im Vergleich zu der wirksamen Organisation der Arbeit und der Schaffung eines neuen ökonomischen Systems. Wenn Sowjetrußland die generelle Elektrifizierung verwirklicht, ohne das System der Kontrolle und Organisation der Produktion entscheidend zu ändern, dann hat es noch nichts weiter erreicht, als die fortgeschritteneren kapitalistischen Länder einzuholen."

In der zweiten Nummer der „Revue Internationale du Socialisme" (auch englisch zu haben) schreiben Jean-Marie Vincent über die russisch-chinesische Debatte und Norman Birnbaum über die Aera Kennedy — mit der Frage, ob sie am Ende nur ein Episode gewesen sei. Der Soziologe Birnbaum kommt zu dem Schluß, daß Kennedys kurze Präsidentschaft trotz seinem durch klassische Rhethorik kaum verdeckten Scheitern an den amerikanischen Verhältnissen eine „Serie von Möglichkeiten" hinterlassen hat. Im selben Heft der „Revue Internationale du Socialisme" schlägt André Gorz eine bewegliche und differenzierende Lohnstrategie vor, die die Herrschaftsstruktur im Industriebetrieb allmählich zugunsten der Arbeiter verändern soll: „Pour un syndicalisme offensif." — „Anmerkungen zur Konjunktur- und Lohnpolitik in der Bundesrepublik" von Herbert Ehrenberg sind in den „Frankfurter Heften" 5/64 zu lesen. Ehrenberg greift die „negative Wirschaftspolitik" der Bundesregierung vorsichtig an und schließt: „Die Stabilisierung der Kaufkraft der Deutschen Mark is dringend notwendig; — einer der wesentlichsten Ansatzpunkte hierzu ist gegenwärtig der Außenhandel. Aber diese Stabilisierung schließt eine Steigerung der Masseneinkommen durch Lohnerhöhungen nicht unbedingt aus, eher im Gegenteil."

Zum zehnjährigen Bestehen der Hans-Böckler-Gesellschaft ist ein Sonderheft (5—7/1964) des „Mitbestimmungsgesprächs" über den Themenkreis „Betrieb, Gewerkschaft, Mitbestimmung" erschienen. Dieses Heft, an dem unter anderen Ludwig von Friedeburg, Manfred Teschner, Burkart Lutz, Karl-Heinz Sohn mitgearbeitet haben, wird die Hans-Böckler-Gesellschaft, Düsseldorf, Friedrich-Ebert-Str. 31—33, Interessenten vermutlich zuschicken.

In der „Zeit" vom 29. 5. 1964 schreibt Robert Neumann in einem Artikel „Operation Mauerdurchlöcherung" über Wolfgang Abendroth: „Da war Abendroth aus Marburg — ein Mann, den nur Neandertaler (oder sonst seine Marburger Nachbarn) einer exzessiven Sympathie für den Kommunismus verdächtigen können. In Wirklichkeit ist er der zivilcouragierteste Mann, den ich in Deutschland getroffen habe, er sagt mit Leidenschaft, ohne jede Rücksicht gegen andere oder sich selbst ganz genau, was er denkt (und meist denkt er das Richtige), er konformiert weder da noch dort — ein Mann, kurzum, den die SPD selbstver-

ständlich ausscheiden mußte (immer und überall schließt die Zweite Internationale ja ihre besten Köpfe zur Linken aus und reichert sich mit Biederkleinbürgern zur Rechten an), und der es nur in einem Land noch schwerer hätte als in der BRD: in der DDR."

Zur Notstandsdiskussion ist das Referat des Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Hans Schäfer, am 8. Mai 1964 auf einer Tagung der evangelischen Akademie in Bad Boll zu erwähnen. Das Referat ist unter dem Titel „Brauchen wir ein Notstandsrecht? Über Grundprobleme einer Verfassungsänderung für den Notstandsfall" im „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", Nr. 78, vom 14. Mai 1964, abgedruckt. Es zeigt, daß die Ministerialbürokratie bisher in keiner entscheidenden Frage von ihrer Konzeption abgewichen und daß sie nicht einmal bereit ist, auf die minimalen Forderungen der SPD einzugehen.

Die Haltung der SPD zur Notstandsgesetzgebung hat Dr. Friedrich Schäfer in einem Interview mit der Zeitschrift des SHB „Frontal" dargelegt (21/1964, S. 4—7). Dieses Interview verdient Aufmerksamkeit vor allem wegen der präzisen Fragen, die Schäfer gestellt wurden. Schäfer ging allerdings auf das vom SHB angeschnittene Problem, daß „vor allem durch zusätzliche Dienstleistungen über Art. 12, II, hinaus eine Einschränkung des Streikrechts" zu befürchten wäre, nicht ein, sondern wich — wie die Bundesregierung — in das Argument aus, die Gewerkschaften könnten nach dem neuen Entwurf nicht mehr verboten werden. Hier wird deutlich, daß die SPD zwar das Zivildienstgesetz (das ohne ihre Zustimmung verabschiedet werden kann) ablehnt, daß sie aber (im Gegensatz zu ihren Kölner Beschlüssen) eine Änderung des Art. 12 Abs. 2 des Grundgesetzes nicht grundsätzlich ablehnt. Sie beseitigt damit die Verfassungsbestimmung, die heute noch das Zivildienstgesetz verfassungswidrig macht. — Ossip K. Flechtheim hat im „Spandauer Volksblatt" vom 31. Mai 1964 (Nr. 5471, S. 17) unter dem Titel „Die Not mit dem Notstandsgesetz" Stellung genommen.

Eine Grundlage für ökonomische Arbeitskreise des SDS könnte der erste in deutscher Sprache erschienene Text von Oskar Lange „Das Prinzip der wirtschaftlichen Rationalität — Ökonomie und Praxeologie" in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft" sein (Bd. 120, H. 2, April 1964, S. 193—242). Leider kostet das Einzelheft 27,— DM.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik", die ihre Herausgeber um die Professoren Helmut Ridder, Ernst Wolf, Viktor Renner und Neuheusl vermehrt haben, bringen in Heft 5/1964 einen leidenschaftlichen offenen Brief an Gustav Heinemann zu der durch die SPD verbreiteten Verleumdungsbroschüre gegen den Ostermarsch.

Reiner Diederich

Zum Prozeß SDS / Bundesminister des Innern

In dem Prozeß, den der SDS vor dem Verwaltungsgericht in Köln gegen den **Bundesminister des Innern** wegen der Sperrung der Bundesjug**endplanmittel führt, hat** dieses Gericht die Vernehmung führender **Sozialdemokraten und** eines Gründungsmitgliedes des SHB angeordnet. Dieser Gerichtsbeschluß zeigt, daß das Bundesministerium sich bei der Sperrung der Bundesjugendplangelder letztlich auf nichts anderes stützen kann als auf die von einer rivalisierenden Gruppierung in politischen Auseinandersetzungen aufgestellten Behauptungen. Wir veröffentlichen einen Auszug aus dem Schriftsatz des SDS zu diesem Beschluß als Beitrag zur Geschichte unseres Verbandes. Wir meinen, daß die damaligen Zusammenstöße — das wird in dem Schriftsatz dargelegt — im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen in der SPD um den Kurswechsel dieser Partei zu sehen sind. Der organisationssoziologische Aspekt der Spaltung, d. h. zugleich der Stellenwert der in früheren Auseinandersetzungen gefallenen Worte, ist bisher jedoch vielfach nicht beachtet worden.[1])

Am 23. Oktober 1958 unterlag auf der Delegiertenkonferenz des SDS in Mannheim der Kandidat einer Gruppierung innerhalb des SDS, die seit der Wiedergründung des Verbandes im Jahre 1946 die Führung bestimmt hatte. Statt dieser Gruppe setzte sich mit absoluter Mehrheit eine Gruppierung durch, die nicht nur der bisherigen Führungsgruppe im SDS, sondern auch der Mehrheit des Parteivorstandes kritisch gegenüberstand. Die neue SDS-Mehrheit gehörte in ihren führenden Vertretern ausschließlich der Sozialdemokratischen Partei an, sympathisierte in den damaligen innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD jedoch mit dem linken (Wehner-)Flügel dieser Partei, der eine Fortsetzung des „Kampfes gegen Atomtod" forderte, die Schwenkung der Partei in der Wehrfrage kritisierte und den damals vorgelegten „Deutschland-Plan der SPD" unterstützte.

Der frühere Chefredakteur des sozialdemokratischen „Vorwärts", Friedrich Stampfer, hat einen solchen Wechsel von Partei- oder Verbandsspitzen mit „Offiziersrevolten" verglichen. Er sagte: „Ein solcher Umsturz der Führung ist nur möglich, wenn ... eine Fraktionsbildung eingetreten ist, die an eine Parteispaltung heranreicht."[2]) Solche Fraktionen haben zur damaligen Zeit im SDS bestanden. Die „rechte" Fraktion, die sich um die ehemalige, abgewählte Führungsgruppe im SDS sammelte, versuchte für diese Auseinandersetzungen im SDS die Unterstützung des Parteivorstandes der SPD dadurch zu gewinnen, daß sie den amtierenden Bundesvorstand und die ihn unterstützenden Gruppen als politisch unzuverlässig hinstellte. Diese „Unzuverlässigkeit" konnte durch nichts besser behauptet werden als durch Vorwürfe, Kommunistenfreunde zu sein, die auf vielfältige Weise dem Parteivorstand der SPD und seinen Mitgliedern übermittelt wurden. Daß diese Gruppierung diese Vorwürfe selbst nicht so ernst nahm wie sie behauptete, geht daraus hervor, daß sie auf der folgenden Delegiertenkonferenz des SDS in Göttingen am 1. August 1959 versuchte, mit Hilfe einer Koalition mit jenen Leuten um die sogenannte ‚Konkret'-Gruppe, denen sie zuvor und später Verbindung

zur SED vorwarf, die Mehrheit zu gewinnen. Dem amtierenden Bundesvorstand hatte sie vorgeworfen, diese sogenannte ‚Konkret'-Gruppierung nicht konsequent genug ausgeschlossen zu haben; sie selbst war aber bereit, zwei Kandidaten dieser Gruppierung in den Vorstand aufzunehmen.[3]) Als dieser Versuch scheiterte, bestand für diese „rechte" Gruppierung zumindest für lange Zeit keine Aussicht, auf demokratischem Wege im SDS wieder die Führung zu erlangen. Auch auf direkte Unterstützung des Parteivorstandes oder des für die Studentenarbeit der SPD verantwortlichen damaligen zweiten Vorsitzenden, Waldemar von Knoeringen, konnte sie nicht hoffen, denn sie hatte sich durch diese Koalition mit der äußersten „Linken" im SDS diskreditiert. Waldemar von Knoeringen nannte damals in einem Brief vom 3. August 1959 an den als Vertreter der Mannheimer-Mehrheit gewählten neuen Bundesvorsitzenden Günter Kallauch, diese Koalition der äußersten „Rechten" mit der äußersten „Linken": „unnatürlich".[4])

Nach diesem offenkundigen Fehlschlag ihrer Politik versuchte die im SDS isolierte „rechte" Fraktion den Parteivorstand der SPD durch die Spaltung des SDS und die Neugründung eines „Sozialdemokratischen Hochschulbundes" (SHB) vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dieser Plan, den Parteivorstand der SPD auf diese Weise zu einer Stellungnahme gegen den SDS zu zwingen, konnte deshalb auf die Dauer nicht ohne Erfolg bleiben, da die Rivalität zweier sich auf die SPD berufender Studentenverbände den Vorstand dieser Partei notwendig dazu bringen mußte, sich für den Verband zu erklären, der sich mit der vom Parteivorstand der SPD betriebenen Politik vorbehaltlos und ohne Einschränkungen solidarisch erklärte. Die „rechte" Fraktion gründete — nachdem genug Gras über ihre „unnatürliche Koalition" in Göttingen gewachsen war — am 9. Mai 1960 den SHB. Sie nutzte bei dieser Gründung aus, daß sie weitgehend auf eine Unterstützung der Presse rechnen konnte, da die überwiegende Mehrheit der deutschen Presse in der damaligen Auseinandersetzung in der SPD (die nicht allein um den SDS geführt wurde) für die „Rechte" und gegen die „Linke" Partei nahm. Die bei der Verbandsgründung über den SDS aufgestellten Behauptungen einer angeblichen SED-Infiltration dienten dazu, vor der Parteimitgliedschaft der SPD und vor der Öffentlichkeit die Trennung zu legitimieren. Die Behauptungen wurden auch von einzelnen Sozialdemokraten übernommen, obwohl es an sich nicht schwer gewesen wäre, zu erkennen, daß es sich bei den Anschuldigungen um Schutzbehauptungen und Rechtfertigungsgründe handelte. Daß der für die Studentenarbeit verantwortliche damalige stellvertretende zweite Vorsitzende der SPD, Waldemar von Knoeringen, damals diesen Charakter der Beschuldigungen erkannt hat, geht aus folgendem Satz eines Artikels hervor, der im „Vorwärts" abgedruckt wurde: „Es wäre allerdings falsch, den SDS als kommunistisch infiltrierten Studentenverband zu bezeichnen. Die SPD hat eine derartige Erklärung auch niemals abgegeben."[5]) Diese Äußerung muß auch der Auffassung des Parteivorstandes der SPD entsprochen haben; denn gegen kein Mitglied der damals und später amtierenden Bundesvorstände ist ein Parteiverfahren eingeleitet worden. Die beiden Vorstandsmitglieder des SDS, die damals in Frankfurt am Main die Vorstandsarbeit im wesentlichen trugen, der Bundesvorsitzende Günter Kallauch und das Vorstandsmitglied Monika Seifert-Mitscherlich haben sich auf Grund der vom SHB und einigen Sozialdemokraten erhobenen Anschuldigungen sogar erfolglos an den Parteivorstand der SPD gewandt mit der Bitte, ein Parteiverfahren gegen sie zu eröffnen, um auf diese Weise die aufgeworfenen Beschuldigungen in rechtsstaatlicher Form überprüfen zu lassen.

Der SDS ist nach der Gründung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes und trotz der Entziehung der finanziellen Förderung durch die SPD und das Bundesinnenministerium im Herbst 1960 nicht zusammengebrochen. Es gelang ihm, weitere Übertritte zum SHB zu verhindern und neue Hochschulgruppen aufzubauen. Der Verband blieb der Gründung der Deutschen Friedensunion (DFU) fern und sprach sich im Bundestagswahlkampf 1961 öffentlich für eine Unterstützung der SPD aus.

Als der SDS im Herbst 1961 eine Förderer-Gesellschaft gründete, deren Vorstand ausschließlich aus Mitgliedern der SPD bestand, fürchtete der Parteivorstand der SPD, die Förderer-Gesellschaft könnte zum Kern einer ernsthaften innerparteilichen Opposition werden. Anfang November 1961 faßte der Parteivorstand der SPD folgenden Beschluß:

„Die Mitgliedschaft in dem Verein ‚Sozialistische Förderergemeinschaften der Freunde, Förderer und ehemaliger Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes e.V.' ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie es ebenso unvereinbar ist, Mitglied des SDS und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu sein."

Schon diese Formulierung zeigt, daß die SPD in erster Linie die Förderer-Gesellschaft als potentiellen Kern einer innerparteilichen Gruppierung treffen wollte. Die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft im SDS mit der Zugehörigkeit zur SPD trug allerdings zugleich dem Drängen all jener Rechnung, die den SHB gegründet oder seine Gründung unterstützt hatten.

Der Parteivorstand der SPD hat seinen „Unvereinbarkeitsbeschluß" nicht begründet.[6]) Erst als der Beschluß in der Öffentlichkeit kritisiert und der SPD mangelnde innerparteiliche Demokratie und Diskussionsfreiheit vorgeworfen wurde, veröffentlichte die SPD am 25. Januar 1962 eine Stellungnahme, in der unter anderem dem SDS die Durchführung „eindeutig von der SED infiltrierter Kongresse" und ein „direktes Zusammenspiel mit den Infiltrationsbüros, die sich heute auf der anderen Seite der Mauer befinden", vorgeworfen wurde.[7]) Diese Anschuldigungen — deren Verbreitung der SPD durch eine einstweilige Verfügung

untersagt wurde — sollten offensichtlich die Funktion erfüllen, die SPD aus der Defensive herauszubringen; denn an demselben Tage veröffentlichte die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ einen längeren Artikel des Göttinger Soziologen Professor Dr. Hans Paul Bahrdt, der entschieden für den SDS eintrat. Die Entgegnung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert Wehner auf den „Zeit“-Artikel enthielt bezeichnenderweise derartige Anschuldigungen nicht.[8]) Die Tatsache, daß die SPD das Urteil des Landgerichts in Frankfurt am Main (Az. — 2/3 0 116/62 —) gegen diese schwere Anschuldigung rechtskräftig werden ließ, deutet darauf hin, daß die aufgestellte Behauptung von den maßgebenden Gremien der SPD als unwesentlich angesehen wurde, nachdem sie in der Öffentlichkeit die Funktion erfüllt hatte, das Verhalten der SPD zu rechtfertigen. Einer der Mitarbeiter an dieser SPD-Stellungnahme hat im April 1962 die Bemerkung gemacht: „Wir haben mit noch viel mehr einstweiligen Verfügungen gerechnet.“

[1]) Über die Auseinandersetzungen in den Jahren 1958 bis 1962 hat der Bundesvorstand des SDS insgesamt drei Dokumentationen herausgegeben: „Unveröffentlichte Dokumente aus der Arbeit des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes aus der Zeit vom 1. 1. 1958 bis zum 1. 3. 1961“, Frankfurt/M., o. J. (1961); „Unveröffentlichte Dokumente zum Verhältnis des SDS und der Sozialistischen Förderergesellschaft zum Parteivorstand der SPD aus der Zeit vom 1. 8. 1959 bis zum 30. 1. 1962“, Frankfurt/M., o. J. (1962); „Dokumente zur Sperrung der Mittel aus dem Bundesjugendplan durch das Bundesministerium des Innern aus der Zeit vom Sommer 1960 bis Mai 1962“, Frankfurt/M., o. J. (1962); außerdem wurde am 15. Februar 1962 in Frankfurt/M. vom Bundesvorstand des SDS und dem Geschäftsführenden Vorstand der Sozialistischen Förderergesellschaft e. V. eine „Stellungnahme zur ‚Dokumentation SPD und SDS‘ des Parteivorstandes der SPD“ veröffentlicht; vgl. ferner L. Keil (Pseudonym) „Zur Geschichte des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)“ in: „Studien für Zeitfragen“, Heft 0815, Oktober 1960.

[2]) „Die Neue Gesellschaft“, Jhg. 2, M. III, 1955, S. 31 f.

[3]) Vgl. dazu Ulrich Blank „Die edlen und die ärgerlichen Torheiten“ in „Vorwärts“, 7. August 1959, S. 4: „Der rechte Flügel, die Nichtmarxisten, hatte sich mit der extremen Linken um Hüller und ‚konkret‘, soweit sie noch ausgeschlossen ist, zu gemeinsamem Handeln gefunden. Die Abneigung gegen den Rumpfvorstand, der Müller suspendiert hatte und der sich anschickte, wieder die Führung im SDS zu übernehmen, verband beide, die einen aus Rache, die anderen aus Mißtrauen und aus Sorge um ihren eigenen Führungsanspruch. Die Rechte nahm es bei diesem Kuhhandel in Kauf, daß auf ihrer Liste für den Vorstand auch zwei Leute präsentiert wurden, die ‚konkret‘ nahestanden.“

[4]) Der Brief ist in wesentlichen Teilen abgedruckt in: „Unveröffentlichte Dokumente zum Verhältnis des SDS ... zum Parteivorstand der SPD . . .“, a. a. O., S. 7 (Dokument 6).

[5]) Waldemar von Knoeringen „SPD und politischer Studentenverband“ in: „Vorwärts“, 16. Juni 1960, S. 5.

[6]) Der Artikel des Angestellten beim Parteivorstand der SPD, Bruno Friedrich, „Eine grundsätzliche Entscheidung“ im „SPD-Pressedienst“ (9. November 1961, P/XVI/253, S. 3—6) kann nicht als „Begründung“ angesehen werden. Er wurde nicht einmal im „Vorwärts“ abgedruckt. Von der Öffentlichkeit wurde er nicht beachtet.

[7]) Vorstand der SPD, Hrsgb., „Tatsachen und Argumente“, Nr. 30, Januar 1962, „SPD und SDS — Die Vorgänge um den Unvereinbarkeitsbeschluß“, insbesondere S. 4 f.

[8]) „Sozialismus mit oder ohne Marx. Offener Gegensatz zwischen sozialistischen Intellektuellen und ihren Parteipolitikern?“ Beiträge von Hans Paul Bahrdt und Herbert Wehner, „Die Zeit“, 26. Januar 1962, S. 3.

SUHRKAMP

neu im Juni

Brecht, Schriften zum Theater 6 u. 7 . . . . . DM 14,80
Joyce, Dubliner Tagebuch . . . . . DM 17,80

Bibliothek Suhrkamp

127 Olescha, Neid . . . . . DM 5,80
131 S. Freud, Mann Moses . . . . . DM 4,80

edition suhrkamp

69 T. S. Eliot, Ein verdienter Staatsmann . . . . . DM 3,—
70 B. Brecht, Über Lyrik . . . . . DM 3,—
71 A. Block, Essays . . . . . DM 3,—
72 S. Kracauer, Straßen in Berlin und anderswo . . . . DM 3,—

SV

Szczesny Verlag München

Neuerscheinungen

Erwin Fischer

Trennung von Staat und Kirche

Eine verfassungsrechtliche Untersuchung
XIV, 352 Seiten, Leinen DM 22,50

Der Autor weist nach, daß die Vorrechte und Machtansprüche der christlichen Kirchen dem Grundgesetz widersprechen.

Der Fall Dr. Dohrn

Herausgegeben von Sieghart Ott
ca. 320 S., Paperback DM 12,80

Die Originaldokumente um den Prozeß des Dr. Dohrn stellen das Problem der Schwangerschaftsangst, der Abtreibung, des Selbstbestimmungsrechts über den eigenen Körper und der Definition der „guten Sitten" zur Diskussion.

Simone de Beauvoir

Soll man de Sade verbrennen

296 Seiten, Leinen DM 19,80

Drei Essays zur Moral des Existenzialismus
Wie kann Jean-Paul Sartres „zur Freiheit verurteilter" Mensch Sittlichkeit verstehen und leben.

Die Antwort der Religionen

328 Seiten, Leinen DM 16,80

Auf 31 Fragen von Gerhard Szczesny antworten prominente Vertreter von Judentum, Katholizismus, Protestantismus, Islam, Hinduismus und Buddhismus.

Bruno Bettelheim

Aufstand gegen die Masse

ca. 300 Seiten, Leinen DM 24,–

Der Mensch in der modernen Massengesellschaft und seine Chance zu einer vollen Entfaltung der Persönlichkeit.

Verlangen Sie bitte unsere ausführlichen Verlagsinformationen direkt beim Szczesny Verlag, München 9, Postfach 173.

werkhefte

zeitschrift für probleme der gesellschaft und des katholizismus

Die linkskatholische Zeitschrift in der Bundesrepublik brachte in letzter Zeit Beiträge von folgenden Autoren zu folgenden Themen:

Wolfgang Abendroth: Politischer Pragmatismus oder politische Theorie? / Carl Amery: Der deutsche Katholizismus und sein Milieu / Hans Arens: Naturrecht als kirchliche Ideologie / Siegfried Braun: Eine soziologische Stellungnahme zur katholischen Soziallehre / Werner Beutler: Der deutsche Katholizismus und Pius XII. / Aufklärung und Utopie / Der Josefinismus – die letzte katholische Reformbewegung im Einklang mit dem Fortschritt der Zeit / Ossip K. Flechtheim: Der Sozialismus zwischen Skylla und Charybdis / Heinrich Hannover: Der loyale Landesverrat / Gerd Hirschauer: Die Katholiken und der Nationalsozialismus – SPD zwischen rechts und links / Zum Gemeinsamen Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz vom 29. August 1963 / Das Konzil vor dem Problem der menschlichen Freiheit / Josef Konrads: Die Gefährdung der Demokratie durch den Antikommunismus / Die Kirche und der Weltfrieden / Hans Kühner: Zur Fragwürdigkeit des Index / Hans Müller: Die Fuldaer Bischofskonferenz vom 30. Mai 1933 / Peter von Oertzen: Betrieb und Gesellschaft / Heinz Raspini: Wirtschaftspolitik und Friede / Oskar Schroeder: Die Kirche und der Modernismus – Fritz Sonnenberg: Die Versöhnung mit dem Judentum findet nicht statt / Gerhard Szczesny: Humanität und Glaube / Fritz Vilmar: Die kommunistische Hoffnung / Gordon C. Zahn: Das Gewissen und die rechtmäßige Obrigkeit.

Redaktion und Verlag: werkhefte, 8 München 15, Landwehrstraße 44. Vierteljahresabonnement 5,40 DM. Probehefte auf Anforderung.